

**Abonnements**  
Werden beim Verlag und dessen  
bekanntem Agenten entgegen-  
genommen, und zwar zum  
Vorank zahlbaren  
Wortjahrespreis von:  
Nr. 4,40 für Deutschland (Post  
frei) Nr. 4,60 für  
Nr. 2,75 für Österreich (Post  
frei) Nr. 2,90 für  
Nr. 2, — für alle übrigen Länder  
des Weltverkehrs (Postfrei).

**Insertate**  
die druckfertige Schrift  
bis zum 15. d. M. — 20 Glt.

# Der Sozialdemokrat

**Erstheft**  
wöchentlich einmal  
**London.**  
Verlag  
der  
German Cooperative Publishing Co.  
E. Bernstein & Co., London N. W.  
114 Kentish Town Road.

## Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

**Postgebühren**  
franko gegen franko.  
Gemeinnützige Vereine  
nach England fallen Doppelpost.

**Nr. 36.**

Beziehe die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Österreich vertriebenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beachtung äußerster Vorsicht abgeben lassen. In der Regel schide man auf die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Adressen. In zweifelhaften Fällen eingeschrieben.

7. September 1889.

### Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemahregelten nicht!

#### Deutschlands Schmach.

„Die Geister sind erwacht, es ist eine Lust zu leben!“ rief vor nun bald vierhundert Jahren Ulrich von Hutten aus, dem neulich königlich preussische Geheimräthe — ein wahrer Lohn auf den kühnen Stürmer — auf der Ebernburg ein Denkmal gesetzt. Wir möchten die obigen Worte beinahe unserm Artikel als Motto vorsetzen, wenn auch in einem andern Sinne, als der flotten Ritter sie einst brachte. Ja, es ist „eine Lust zu leben“, wenn man sieht, was für „Geister“ in Deutschland gegenwärtig „erwachen“ und mit ihrem Spud die Presse des Volkes der Denker beschäftigen.

Dass das Bürgerthum sich in allen kapitalistisch entwickelten Ländern geistig im Rückgang befindet, haben wir schon oft betont, und es ist auch eine zu natürliche Erscheinung, als daß wir darüber uns beschwert fühlen sollten. Im Gegenstand, jede Klasse hat ihre aufsteigende und absteigende Phase und die letztere beginnt, sobald die geschichtliche Mission der betreffenden Klasse in der Hauptsache erfüllt ist. Der geistige Niedergang des Bürgerthums ist nur der Reflex seiner wirtschaftlich-sozialen Ueberlebensfähigkeit, er wird um so stärker sein, je mehr diese fortschreitet. So ist er zugleich der Zeuge für den bevorstehenden Sieg des Herrschafts des Bürgerthums abblühenden Proletariats.

Aber Rückgang und Niedergang ist zweierlei. Einem neunzigjährigen Mann hält man manches zu gute, sein Zittern wie sein Keifen, so wenig man sich freilich um dieses, um seine Präntationen, kümmert. Wenn aber ein Mann in verhältnismäßig rüstigem Alter bereits wie ein hilfloser Greis zittert und wackelt und dabei sich in brutalem Schimpfen ergeht und nach nichts als Gewaltmitteln schreit, so ist das eine widerliche, das natürliche Gefühl beleidigende Erscheinung. Eine solche aber bietet Deutschlands Bürgerthum heute dar. Obwohl jünger als das Bürgerthum Frankreichs und Englands, überbietet es beide, sowohl was thätigliche Schwäche als was brutale Bergewaltigungswuth anbetrifft. In Deutschland feiert der Seruitismus und Byzantinismus wahre Orgien, in Deutschland herrscht der Kultus des Säbels und des Kogiment des Polizeinippels. Das wäre nicht möglich, wenn das deutsche Bürgerthum, die vorläufig noch wirtschaftlich und sozial den ersten Rang einnehmende Gesellschaftsklasse in Deutschland, nicht moralisch durch und durch verkommen wäre.

Das Bürgerthum bestimmt in der modernen Gesellschaft den Ton, sei es direkt oder indirekt. Es gibt ihm nicht immer an, aber von ihm hängt sein Schicksal ab. Was es nicht dulden will, existirt nicht oder führt nur ein fragmentarisches Leben. Seine soziale und geistige Herrschaft hängt durchaus nicht davon ab, daß es auch formell regiert. So war Frankreich unter dem Kaiserreich bürgerlich, so würde es unter den Orleans bürgerlich bleiben, und selbst wenn es den Bourbonen gelänge, in Frankreich ihre Fahne aufzupflanzen, würden sie trotz ihrer legitimistischen Anhänger Paris und Frankreich nicht ihren bürgerlichen Charakter nehmen. Ähnlich ist es mit England. Deutschland ist ebenfalls, trotzdem es Militärraats ist, trotzdem das Junkerthum daselbst noch eine so große Rolle spielt, heute durch und durch bürgerlich. Wenn es das Bürgerthum nicht wollte oder nicht dulde, so wäre weder die Junkerherrschaft, noch die Militärrherrschaft möglich. Oder wenigstens nicht in der schamlosen Offenheit, in der sie heute ausgeübt werden. Auch die Herrscher müssen mit der öffentlichen Meinung rechnen und diese hängt ab vom Bürgerthum.

Das Bürgerthum ist aber nicht nur für das Benehmen der Regierer, es ist auch für die Presse, für die Literatur der Zeit verantwortlich. Nicht für jedes einzelne Nachwerk, jede einzelne Narrheit, aber für die hervorragendsten Strömungen — soweit sie nicht ausgesprochen antibürgerlich sind. Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer, zwischert es aber an allen Ecken und Enden, dann wissen wir, in welcher Jahreszeit wir uns befinden.

Und es zwischert an allen Ecken und Enden um uns herum. Freilich nicht so lieblich wie der Ton des klugen Wandervogels. Wir möchten es eher mit dem Geträuchel von Raben vergleichen, das auch sonst besser in den Vergleich paßt. Man weiß ja, worauf ein Zusammenzug dieser schwarzen Gefellen deutet.

Deutsche Blätter machen sich mit Recht über einen Karl Dietrich in Altona lustig, der in einer „Denkschrift an Se. Majestät den deutschen Kaiser und König von Preußen betreffs des Sozialengesetzes“ die „subjektive und objektive Wahlentmündigung“, d. h. die Wahl- und Wahlbarkeitsunfähigkeit der notorischen Sozialdemokraten“ fordert. Wer Leistungen wie die folgende fertig bringt:

„Die nur objektive Entmündigung würde nicht ausreichen, da die Wähler sich alsdann sowohl bei ihren Tendenzen nächstbesten Unsturzpartei zuwenden könnten, um der Regierung zunächst zum weitesten

doch noch Ungelegenheiten zu bereiten, als auch die durch Entmündigung zu erledigenden Mandate durch die gleichen oder ähnliche Renouveau an unzulänglichem Gehalt erhalten blieben, während die Regierung aus der völligen Durchführung der Maßregel eine Verschlebung der Parteien zu erwarten hat, die bei den gegenwärtigen Parteiverhältnissen nur zu Gunsten der Ordnungsparteien ausfallen kann. Ebenso wenig würde die nur subjektive Entmündigung vollständig zutreffen, weil die eventuelle Wahlabgabe und damit die notorische Bekanntheit der Parteimänner nicht bis auf die letzten Stimmen kontrollierbar ist, und die Partei daher immer noch eine gewisse, wenn auch völlig hinfallige Bedeutung behielte, wiewohl diese nur subjektive Entmündigung hinsichtlich der Bewilligung des Gesetzes durch den Reichstag und der von diesem voranlässlich auch gegen die objektive Entmündigung geltend zu machenden Unverletzlichkeit der Volksmandate auch als ein durchaus annehmbarer und hinreichender Abschlag gutgeheißen werden könnte.“

ist ein Narr, und hätte man es nur mit ihm zu thun, so könnte man sich mit der Gegenfrage begnügen, ob es nicht angezeit sei — wie ein Einrunder der „Berl. Volkszeitung“ meint — „den Ritter Dietrich selbst und nach jeder Richtung hin zu entmündigen.“ Aber dieser Narr schwatzt in seiner Weise nur nach, was er von Andern aufgeschwappt hat.

Hören wir einen zweiten — Raben, der für sein Geträuchel die „Leipziger Grenzboten“, eine Zeitschrift für die „Einheits“-offen fand. In einem Aufsatz wider die Einheitschule donnert ein Herr von Unger, der das Rechtsstudium mit dem Kavalleriefüßel vertauscht hat — dieser Tausch schon ist ein Symbol — wider die Wechselbälge der „Freiheit“, die das Jahr 1848 und dessen Tochter, die „liberale Aera“, in die Welt gesetzt haben.

„Als solche Wechselbälge“ — lesen wir in der „Berl. Volksz.“ — werden namhaft gemacht die Pressefreiheit, die Jedem gestattet, Unwahrheiten, soweit er will, so auch Verleumdungen und Beleidigungen hinauszuwerfen, die Vereinsfreiheit, die in weite Kreise Unzufriedenheit trägt und in ihnen die Ideen und die Organisation des Unmuths vorbereitet, die Gewerbefreiheit, die Freizügigkeit, der Freihandel, die Religionsfreiheit, die Jedem gestattet, sich vom Christenthum und von dessen Sittenlehre loszulösen, und die uns mit gebundenen Händen den Juden überliefert, und endlich noch das allgemeine Wahlrecht, das geistlich die Macht in die Hand der Bildung- und unheilvollen Menge legt und mit dem auf die Dauer Niemand, weder die Kaiser noch jenseits des Rheins, zu regieren vermag.“ Herr v. Unger will diese Wechselbälge nicht etwa bereiden und zähmen, sondern kurzer Hand und gründlich aus der Welt schaffen. „Von allen diesen Standpunkten und Errungenschaften“, lautet sein Spruch, „müssen wir wieder herunter.“ Ist das möglich? Wohl nicht? Alles Nothwendige ist möglich. Sind wir doch mit vielen anderen nicht weniger herrlichen Sagen fertig geworden, z. B. den im Dezember 1848 festsitzenden Grundbesitz des deutschen Volkes, dem Reichserzregenten Napoleon I. der Bürgerwehr und dem deutschen Bundesrat. Und ich denke, der Mann, den Gott dazu bestimmt hat, der Freiheitshelden diese Kräfte abzuschlagen, wendet bereits unter uns, und auch die Gegenstände wird Gott zur rechten Zeit schenken.“

Neigungen solch — man kann hier kaum noch das Wort reaktionär anwenden, es sagt zu wenig — solch stupid brutaler Art hat es vordem auch gegeben, aber sie wagen sich nicht an die Deffentlichkeit oder doch höchstens in einem obskuren Junkerblatt in Hinterzimmern. Heute aber werden sie unverfroren auf dem Markt ausposaunt, eine Zeitschrift, an der Schriftsteller von Ruf mitarbeiten, gibt sich zu ihrer Verleumdung her, und das bezeichnet die Situation. Herr Unger schwimmt durchaus nicht „gegen den Strom“, er ist nur ein übermüthiger Gefell, der sich vom Strom voraus treiben läßt. Gar nicht weit hinter ihm plätschert die Masse der geistesträgen und sichblätigen Ordnungsanalisten, deren zweites Wort Polizei und Unterdrückung ist.

Ein ganzes Konvolut von Zeitungsartikeln mit Seelenergüssen dieser konvulsen Spezies liegt vor uns, einer immer widerlicher zu lesen als der Andre. Der Arbeiter hat zu viel Freiheit, dem Arbeiter muß das Recht, sich zu Lohnkämpfen zu organisiren, genommen werden, die Polizei muß die Arbeiter im Zaume halten, der Staat muß dem Unternehmer Mittel an die Hand geben, die Aufwiegler unter den Arbeitern unschädlich zu machen, d. h. auszuhungern, der Kontraktbruch der Arbeiter muß strafrechtlich verfolgt werden, keine falsche Humanität — diese Phrase, mit der die schenklüchsten, bestialischen Grausamkeiten beschönigt werden können — keine doktrinären Bedenken: Ordnung und Polizei, Polizei und Ordnung!

Man muß nun nicht meinen, daß irgend ein Fanatismus der Gefellichkeit hinter diesem Geschrei steckt. Weit gefehlt. Dieselben Leute, die es bei jeder Gelegenheit anstimmen, die überall Gesetzesverletzungen entdecken, treten selbst tagtäglich das Gesetz in schamloser Weise mit Füßen. Wir erinnern nur an die Art, wie sie diejenigen Bestimmungen der Vereinsgesetze, die ihnen nicht in den Kram passen — wir sagen nicht umgehen, das wäre noch zu wenig, nein, einfach ignoriren. Und nicht nur sie, die zur Aufrechterhaltung der Gesetze verpflichteten Behörden mit ihnen. Der Staatsanwalt (H) Böhmert, der im flagranten Widerspruch mit dem sächsischen Vereinsgesetz auf einer Konferenz sächsischer Zimmungen einer politischen Vorträge — ein Referat über die bevorstehenden Landtagswahlen hält — ist ein klassisches Beispiel dafür, was in dieser Hinsicht heute in Deutschland möglich ist.

Auch anderwärts haben die Regierenden die bestehenden Gesetze verletzt, aber es geschah entweder heimlich oder in aufgeregten Zeiten; diese offene Mißachtung der eigenen Gesetze

setzt aber ist ein Spezifikum der deutschen Reaktion. Man könnte hier einwenden, ob sie nicht der Gefellichkeitsheuchelei vorzuziehen sei. In ihren Wirkungen auf die Arbeiter, hoffentlich. Aber wir sprechen hier nicht davon, sondern schildern rein objektiv die Zustände. Und da müssen wir hervorheben: Geheuchelt wird trotzdem, und zwar schlimmer als in irgend einem andern Lande.

Wir gehören nicht zu denen, die aus Oppositionsneugier gegen die Fehler des Auslandes blind sind oder sich blind stellen. Wir läugnen nicht das Vorhandensein des Chauvinismus in Frankreich, noch des Krämergeistes in England. Aber ein zehnmal häßlicherer Chauvinismus als der französische macht sich heute in Deutschland breit, und ein zehnmal engherzigerer Krämergeist als den englischen Bourgeois beherzigt den deutschen Durchschnittsbürger. Wir haben schon in unserer vorigen Nummer auf den Gegenstand hingewiesen, den die Art, wie der Dothanhandlangerstreik in London sich abspielt, gegenüber der Behandlung von Lohnkämpfen im Lande der Sozialreform darbietet. Wenn je ein Streik weite Kreise der Bevölkerung in unerschuldete Mitleidenschaft — das Wort in seiner ursprünglichen Bedeutung genommen — gezogen, so ist es dieser. Was sehen wir aber? Statt des bloßen Geheues, das in Deutschland zweifelsohne in der kapitalistischen Presse sich erheben würde, allgemeines Mitleid mit den Streikern. Und nicht nur Mitleid, sondern thätige Mithilfe. Abgesehen von der großartigen Opferwilligkeit der englischen Arbeiterschaft, haben auch englische Bourgeois Reichen großer Wohlthätigkeit an den Tag gelegt. Beiträge von 25, 50 und 100 Pfund — d. h. von 500, 1000 und 2000 Mark stehen durchaus nicht vereinzelt da, und statt des bloßen Geheues nach Ausnahmsregeln, Einschränkung des Koalitionsrechts etc., schreiben selbst kapitalistische Zeitungen, daß der Streik auf jeden Fall das eine Gute gehabt habe, daß er den Arbeitern den Nutzen der Vereinigung gelehrt habe. Man höre z. B., was das Organ der City-Kaufleute, die „Times“ schrieb:

„Das der Streik lehrt, ist, daß obwohl unqualifizierte Arbeiter nicht durch sich allein wirksame Verbindungen schließen können, sie mit Hilfe kräftiger Verbündeter (by a powerful alliance) in den Stand gesetzt werden können, das zu erlangen, was sie brauchen. Die Dothanhandlanger sind durchaus berechtigt, sich die bestmöglichen Arbeitsbedingungen zu sichern, und ihre Bemühungen, ihr Loos zu verbessern, verdienen unvölligste große Sympathie.“

#### Und der konservative „Standard“:

„Kein vernünftiger Mensch kann den Dothanhandlanger das Recht bestreiten, die Arbeit zu verweigern, außer für den ihnen angemessenen erscheinenden Lohn, noch werden die, welche sich verweigern, wie niedrig ihr Lohn ist, ein andres Gefühl als das der Verachtung empfinden, wenn sie hören, daß dieselben erfolgreich gewesen. Was die Streikenden verlangen, enthält nichts Uebermäßiges oder Unbilliges, und sie schlagen ein durchaus ethisches Geschäftsvorgehen ein.“

Man vergleiche hiermit die lendenlämme Art, wie neulich selbst die „Freiwillige Zeitung“ des Herrn Eugen Richter eine Aftale der „Norddeutschen“ auf das Koalitionsrecht der Arbeiter bloß deshalb ablehnte, weil der Vorschlag der „Norddeutschen“ — die Einmischung von sozialistischen Agitatoren in die Lohnkämpfe zu verhindern — möglicherweise dazu führen könnte, das ganze Koalitionsrecht mit Haut und Haaren zu erdroffeln. Als ob das nicht die eigentliche Absicht wäre. Und als ob die Arbeiter unmündige Kinder wären, denen man von Rechtswegen doch vorschreiben müßte, mit wem sie umgehen dürfen und mit wem nicht!

Ob die Aeußerungen der „Times“ und des „Standard“ wirklich so gemein waren, wie sie lauten, ist für unsere Betrachtung gleichgültig. Wir nehmen dergleichen überhaupt nie für bare Münze, als was sie aber gelten können, das ist als Symptom der öffentlichen Meinung. Und als solche sind sie den Anklagen der deutschen Kapitalistenpresse gegenüberzustellen. Und als solche zeigen sie, wie tief das Bürgerthum in Deutschland gesunken ist, wie niedrig sein moralisches Niveau. Der Eum für Recht und Gerechtigkeit ist erhorben, es herrscht der Kultus der brutalen Gewalt: Kriecherei nach oben und Verfolgungswuth nach unten.

Es ist dies, wir wiederholen es, nicht ausschließlich die Wirkung des rapiden Ganges der ökonomischen Entwicklung in Deutschland, andere Faktoren haben ebenfalls dazu mitgewirkt, dies Resultat zu zeitigen. Kamentlich gehört hierher das depravirende Hohenzollerisch-Bismarcksche Regierungssystem. Wenn die Geschichte einst den Messiasdamm, der heute die Namen Wilhelm I. und Bismarck umgibt, beseitigt, das „Geheimniß der Erfolge“ dieser von der Hand in den Mund-Politikerkunft haben wird, so wird sie ihnen den „Ruhm“ nicht streitig machen, Deutschland oder richtiger Preußen zu einer Großmacht, die Deutschen aber klein, sehr klein gemacht zu haben.

Ob sich das deutsche Bürgerthum aus dieser Verflumptheit noch einmal erholen wird? Wir bezweifeln es sehr. Wir sehen hin und wieder Versuche in dieser Richtung, aber wir sehen sie auch immer wieder scheitern. In dieser Hinsicht ruft die wirtschaftliche Entwicklung in der That ihr „Ja spät“. An den deutschen Arbeitern, ist es, die Schmach von dem

\*) Später prüft das Tarn-Organ freilich aus einem andern Ton, aber das geschah, nachdem der Fehler mit der Ankündigung des Generalstreiks gemacht worden war. (Vgl. unsere heutige Ausgabe.)

deutschen Namen abzuwaschen, und sie, die in diesen Tagen das Andenken Ferdinand Lassalles gefeiert, mögen vor allem der Ermahnung eingedenk sein, die er ihnen am Schluss seiner besten Propagandaschrift, des Arbeiterprogramms, zuruft: sich immer und allerorts ihrer hohen, weltgeschichtlichen Mission bewußt zu sein, ihr ganzes Können und Handeln durch den ständigen Ernst dieses Bewußtseins bestimmen zu lassen. Die deutsche Arbeiterbewegung ist und sei Deutschlands Ehre!

## Anarchisten — Bundesgenossen?

Von einer Anzahl Stuttgarter Genossen geht uns nachstehende Zeitschrift mit der Bitte um Abdruck zu:

### An die Redaktion des „Sozialdemokrat“.

Durch die deutschen sozialdemokratischen Arbeiterblätter macht gegenwärtig ein der „fränkischen Tagespost“ in Nürnberg entnommener Artikel: „Anarchisten — Gauner?“ die Runde. Es soll darin nachgelesen werden, daß der Begriff „Anarchist“ gleichbedeutend mit „Gauner“ sei und dadurch den Polizeibehörden und Spitzbürgern, die seither immer Sozialdemokraten und Anarchisten als gleich gefährlich betrachteten, der Glaube beigebracht werden, daß zwischen diesen beiden Parteirichtungen ein himmelweiter Unterschied, wie etwa zwischen Ehrenmännern und Gaunern, sei. Ein Unterschied ist nun allerdings zwischen beiden Richtungen, aber nur in Bezug auf die Taktik, jedoch das Ziel haben beide gemeinsam vor Augen. Welche Taktik nun zuerst zum Ziele führt, das bleibt wohl, bis Beweis thatsächlich erbracht ist, eine Frage. Es sollte deshalb auch jedem unsern Denkbereich und Energie überlassen bleiben, sich der ihm sympathischen Richtung anzuschließen, ohne deshalb von Angehörigen der anderen Partei verleumdet und beschimpft zu werden. Indem im oben angeführten Artikel nun der Polizei und dem Spitzbürgertum eine Differenz der beiden Anschauungen vorgeführt werden soll, geschieht dies nicht in sachlicher, ruhiger Erörterung, sondern man hat dabei nur die eine Absicht: die eigene (sozialdemokratische) Partei als möglichst harmlos und als unbedenklich herzustellen, aber als der größten Verfolgung und möglichsten Vernichtung würdig die Anarchisten zu bezeichnen. Dieses Nachsehungsverfahren, von einer Partei ausgehend, deren Angehörige selbst seit länger als zehn Jahren geächtet und verfolgt werden, ist geradezu schamlos. Mit welchem Rechte können die Blätter, die solche Wagnisse wie das oben bezeichnete in ihren Feuilletons bringen, in ihren übrigen Spalten gegen das Sozialistengesetz protestieren? — Jenseit sich doch aus ihrem Verhalten gegenüber dem Anarchismus, daß ihr Begriff von Gedankenfreiheit, für die sie zu kämpfen vorgehen, nicht weiter geht, als das sozialdemokratische Parteiprogramm gestattet! Ein Jeder, der fähig ist, weiß er zu denken, als das sozialdemokratische Parteiprogramm vordrängt, und sich energisch genug fühlt, seinem Denken entsprechend auch zu handeln, er wird dafür in Haft und Bann gehen und als Anarchist, d. h. als Gauner, gebührend bestraft. Wäre nicht dieses Vorgehen schlimmer als das der herrschenden Klassen gegen die sozialistische Bewegung. Letzteres Vorgehen erscheint noch gewissermaßen gerechtfertigt, denn es ist ein Kampf ums Dasein zwischen einer alten und einer neuen Weltanschauung, aber der Kampf der Sozialdemokratie gegen den Anarchismus ist das Bekämpfen eines Bundesgenossen. Es zeigt von Mangel an wissenschaftlichen Beweisen, wenn, um eine Idee als unbedenklich hinzustellen, einige Personen herbeigeholt werden, die sich gelegentlich als diese Idee vertretend bezeichnen, aber sich aber später als Vordespote und andere Schurken erweisen. Diese Kampfmethode, auf alle bestehenden politischen Parteien angewandt, wird bei jeder, auch der sozialdemokratischen, eine entsprechende Anzahl von Kampfen zu Tage fördern, und wenn bei der anarchistischen Parteiveranstaltung eine größere Anzahl, besonders Spione, als bei anderen zu finden ist, so ist das leicht erklärlich durch die Ansicht auf dem Wege, der sich dieser Sorte Menschen dort am leichtesten bietet. — Daß aber nicht alle Anarchisten Gauner sind, sondern daß sich unter denselben, und in nicht geringer Zahl, auch Menschen vorfinden, die für ihre Idee bis zum letzten Augenblicke mühsig eingetreten sind, das haben nicht die fünf Chicagoer Anarchisten bewiesen. Diese und ähnliche Märtyrer ihrer Idee verdienen aber der gebührende Schutzbüchlein!

Wir verlangen Gedankenfreiheit und Toleranz von unseren politischen Gegnern, aber wir haben dafür auch Duldbamkeit zu üben und deshalb erklären wir den Abdruck solcher ächtender Artikel für unwürdig eines sozialdemokratischen Arbeiterblattes und wir sind überzeugt, in solchen Ausfällen nicht den Ausdruck der Ansicht der wirklich sozialistisch fühlenden Arbeiterschaft zu finden, sondern nur die Ungerechtigkeit einer Anzahl in der sozialdemokratischen Bewegung journalistisch angelegter Personen.

### Eine Anzahl Stuttgarter Genossen.

Wir haben dieser Einleitung die Aufnahme nicht verweigert wollen, obwohl ihre Verfasser den Artikel, gegen den sie sich wenden, offenbar gründlich mißverstanden haben. Wir haben denselben genau durchgelesen, und wenn wir ihn auch nicht gerade von A—Z unterschreiben, so müssen wir doch erklären, daß er zu den Vorwürfen, welche die Einleitung gegen ihn, bzw. seinen Verfasser erhebt, nach unserer Ansicht keinen Anlaß bietet.

Der Artikel führt an der Hand verschiedener Thatsachen den Nachweis, daß die von den Anarchisten anerkannte Diktatur nicht allernächste Lumpensammelkasten anlockt und abhört, so daß man allmählich jeden Maßstab verliert, wo der Anarchist anfängt und der Gauner aufhört. Als Beweis dafür führt er u. A. die Aftäre des Italieners Bin und seiner „Bande“ an, die von den Anarchisten als Genossen anerkannt werden, obwohl sie ganz gemeine Gaunerstücke verlor hatten. Es handelt sich hier nicht um eine vage Anschulding, sondern um eine anerkannte Thatsache. Vom Begriff „Anarchist“ ist überhaupt nicht die Rede, geschweige denn daß dieser „gleichbedeutend“ sei mit „Gauner“. Wenn aber auf Grund der angeführten Thatsachen zum Schluß des Artikels gesagt wird:

„Wo heute „Anarchisten“ der Arbeiterbewegung sich mit ihrer wunderwirkenden „Taktik“ entgegenstellen, zwingt sich die Frage auf: Anarchisten — Gauner?“

so ist das richtig wiederum nur auf die Taktik, nicht auf den Begriff gerichtet, weiters aber ist es nur die Feststellung dessen, was sich mit notwendiger Konsequenz aus dieser Taktik ergibt. Kein Mensch wird behaupten wollen, daß sich in der Sozialdemokratie nur Ehrenmänner befinden, auch in ihren Reihen wuchert sicher manches Unkraut unter dem Weizen, aber wenn und soweit das der Fall, geschieht es im Widerspruch mit den Grundlagen der Partei, nicht, wie bei den Anarchisten, als natürliche Folge der Parteitaktik. Das aber ist der Punkt, worauf es ankommt, und den hervorzuheben angestrebt hat auch der Verfasser des Artikels in der „fränkischen Tagespost“ entnommen. Solange die Anarchisten die Gauneraktive nicht ausdrücklich bestrafen können, können wir nicht zugeben, daß ihnen mit der obigen Prognosestellung — die bellamig durchaus nicht involviert, daß jeder Anarchist unbedenklich ist — Unrecht geschieht.

Ferner müssen wir betonen, daß der an Artikel sich an Polizei und Spitzbürger wendet, diesen die Anarchisten denunziert und die eigene Partei als harmlos hinstellt. Der Artikel richtet sich an die Arbeiter und nur an die Arbeiter. „Sie“ die „Sumpfpflanzen“ des Anarchismus — heißt es ausdrücklich — wird nicht durch die Eichel der Polizeigehe angedrückt, sondern nur durch den Pfingel wirklicher gesellschaftlicher Reformen; auf dem Boden der Ausdeutung des Weizens durch den Weizen entziehen, wird sie mit dieser verknüpfen. Und dann wieder: „Als solchen Grundstein kämpft man nicht gegen eine abstrakte Gesellschaftsform, sondern praxis sich ihr an.“ Man sieht, weit entfernt, die Anarchisten als ganz besonders gefährlich für die bestehende Gesellschaftsordnung hinzustellen, wird ihnen der Artikel ihre relative Ungefährlichkeit vor. Er denunziert sie nicht der Polizei, sondern den Arbeitern! Das ist aber nicht nur des Verfassers Recht, sondern — sobald er von der Verantwortlichkeit einer Partei für die Arbeiterklasse überzeugt ist — seine Pflicht.

In dieser Beziehung kann von Lehrgangverfahren à la Sozialisten-

gelehrt gar keine Rede sein. Der Verfasser fordert zu keinerlei Gewaltmaßregeln, zu keinerlei Verfolgung gegen die Anarchisten auf, er appelliert lediglich an den gesunden Sinn, den klaren Verstand der Arbeiter. Ist den Einleitern auch das noch zu viel?

Freilich, sie erblicken in den Anarchisten „Bundesgenossen“. Es trennt dieselben ihrer Ansicht nach von der Sozialdemokratie nur „die Taktik, jedoch das Ziel haben beide gemeinsam vor Augen.“

Nach das müssen wir betonen. Nicht nur die Taktik, auch das Ziel der Anarchisten ist durchaus verschieden von dem der Sozialisten. Es wäre uns ein Leichtes, dafür eine ganze Anzahl anarchistischer Gewährsmänner ins Feld zu führen. Um aber nicht zu weitläufig zu werden, wollen wir hier ganz kurz die leitenden Grundprinzipien von Anarchismus und Sozialismus zusammenstellen, wie sie sich aus der beiderseitig als maßgebend erkannten Literatur ergeben.

Der Anarchismus geht aus von der absoluten Freiheit des Individuums. Sie ist die Basis der von ihm erstrebten Gesellschaft. Ihr bleibt jeder andere Gesichtspunkt untergeordnet. Die Gesellschaft hat keinerlei Ansprüche an das Individuum, außer auf das, was dasselbe ihr freiwillig entgegenbringt. Kommunismus herrscht nur, soweit die Individuen ihn wollen, er wird von ihrem Interesse abhängig gemacht.

Der Sozialismus geht aus von dem Grundgedanken der gesellschaftlichen Solidarität. Das Wohl der Gesamtheit ist ihm das höchste Gesetz. Die Gesamtheit ist aber durchaus konkret zu verstehen, sein über den Einzelnen schwebender Staat, sondern ein auf dem Grundgedanke gleiche Rechte, gleiche Pflichten beruhendes kommunistisches Gemeinwesen. In der Anerkennung dieses Grundgedankes ist dem Einzelnen die Bürgschaft für die höchstmögliche persönliche Freiheit gegeben.

Ist diese Gegenüberstellung richtig — und wir glauben von keiner der beiden Seiten Widerspruch zu finden — so ist sofort klar, daß die eine Auffassung die andere grundsätzlich ausschließt. Auf Schritt und Tritt müssen sich ihre Anhänger als Gegner gegenüberstellen, und, mehr noch als in der heutigen Gesellschaft, von dem Augenblick an, wo es sich um die Schöpfung der Grundlagen der zukünftigen Gesellschaft handelt.

Möglicherweise nicht alle Anhänger haben und drücken sich das in der ganzen Schärfe gegenwärtig, aber thatsächlich ist dem so, niemand, der die einschlägige Literatur kennt, wird es bestritten können.

Worin besteht nun die angebliche Bundesgenossenschaft der Anarchisten? Lediglich in der theoretischen Gegnerlichkeit gegen die heutige Gesellschaftsordnung. Praktisch ist überall nur das Gegenteil zu sehen. In den politischen Kämpfen der Gegenwart treten sie auf Schritt und Tritt der Sozialdemokratie feindlich gegenüber; nicht einmal, hundertmal haben sie erklärt, daß sie in der Sozialdemokratie ihren größten Gegner erblicken, dessen Verechtigung vor allen Dingen notwendig ist, um freie Bahn für die Anarchie zu erhalten. Die Sozialdemokratie hat von den Anarchisten keine Hilfe, sondern immer nur Hindernisse, Feindseligkeiten, Schwärmereien zu erwarten. Ein Bild ist auch nur eine der anarchistischen Zeitungen läßt darüber seinem Zweifel Raum. Und während die Anarchisten die Sozialdemokraten bekämpfen, so sie nur können und deren Vorkämpfer verdächtigen, wie sie nur können, sollen diese ihrerseits sein Hilfe halten, und alle Angriffe — drücken wir es einmal unparlamentarisch aus — mit dem Hinten parieren? Nein, dieser Auffassung können wir uns nicht anschließen. Gedankenfreiheit — selbstverständlich, Toleranz — vollkommen einverstanden. Aber Gedankenfreiheit erfordert nicht, daß man die eigenen Gedanken unterdrückt, um Anderen eine unüberlegene Kritik zu erlauben, und die Toleranz verwandelt sich in verberbliche Gleichgültigkeit, wenn sie soweit geht, Irrthum und Unrecht stillschweigend mitanzusehen, statt ihm energisch entgegenzutreten.

Hebrigens wollen wir zum Schluß anerkennen, daß sich in neuester Zeit auch unter den Anarchisten selbst Stimmen gegen die Gauneraktive sich erheben, und zwar geführt aus dieselben Gründe, die der Verfasser des an. Artikels ins Feld führt. Dringen sie durch, soll es uns freuen. Denn wenn wir Sozialisten auch trotzdem nicht aufhören werden, den Anarchismus — den wir für eine große Gefahr für die Arbeiterklasse halten — auf's Energischste zu bekämpfen, so werden wir, wie der erwähnte, dann nicht mehr vorzukommen. Bis dahin sind sie berechtigt und notwendig, denn einen Krebsgeschwür bekämpfen man nicht mit sentimentalen Versicherungen, sondern dadurch daß man radikallos die Wunde blosslegt und zeigt: das sind die Folgen, wer sie nicht will, lege Hand daran, das Uebel mit der Wurzel zu beseitigen!

## Aus Frankreich.

~ Paris, 31. August 1889.

Die Presse und das öffentliche Leben überhaupt sind in Frankreich schon seit Wochen von beständigen Wahlfiebern befallen. Man kennt die Symptome dieses Zustandes, der unter normalen Verhältnissen eine durchaus unbedeutliche Funktion des gesellschaftlichen Organismus sein würde, welcher aber, dank der heutigen sozialen Anarchie, mit allen Zeichen einer heftigen Krankheit auftritt, während deren das politische Leben die höchstschmerzlichen Auswüchse, die ekelhaftesten Geschwüre nach außen treibt. Um so wichtiger die für Frankreich bevorstehenden Wahlen für den gesetzgebenden Körper sind — da deren Ausgang thatsächlich von größtem Einfluß auf die nächste Gestaltung des nationalen Lebens sein kann, — je häufiger und leidenschaftlicher in dieser Kampf bereits von Anfang an. Die Reaktion unter ihrer doppelten Gestalt des monarchistischen Konföderatismus, an welchem der Boulangerismus hängt, und der opportunistischen Stagnation, welche ein schwaches radikales Ringelschwänzen trägt, sammeln alle Kräfte gegen die Elemente, welche entgegen der für eine fortschrittliche Republik eintreten. Noch ehe die Wahlkampagne formell eröffnet und der Schlußtag für den 22. September angesetzt war, hatten die einzelnen politischen Parteien bereits das Gesicht eröffnet.

Vorbereitet sind die Wahlen, ganz besonders von der am Ruder stehenden Opportunistenpartei, schon seit langer Zeit. Es ist z. B. für Klemand ein Wechselspiel, daß die Ausstellung neben anderen Zwecken auch dem dient, eine richtige Wahlreform für die gegenwärtige Regierung zu betreiben, welche sich, um den Stimmeneifer sicherer und ausgiebiger zu machen, stets mit der Republik zu identifizieren pflegt. Eine Einleitung zu den Wahlen bilden nicht nur eine ganze Reihe von Maßregeln, wie die Wiedereröffnung der Bezirkswahl und des Herbst der Kandidaturen, welche nominell ein Plebiszit unmöglich machen, aber in erster Linie jede, auch die berechtigteste, Opposition gegen den Opportunismus vollständig sollen, sondern auch der ganze Prosch Boulanger. Last not least darf neben andern Wahlmaßnahmen, wie Wahlen des Präsidenten und der Minister, der Empfang und das Trinken der Departementspräsidenten, die Kontowahl einer Reihe von Boulangeristen, antirepublikanischen und auch einfach opportunistischen Beamten, das Verdrängen des Unterrichtsministers, das die Präsektion auffordert, den Ehren zu nahelegen, der Politik und den Wahlen nicht gleichgültig gegenüber zu stehen — das Nebenbei der Maires (Bürgermeister und Gemeindevorstände) nicht vergessen werden. Die wohlgefügte Breite und Weitschichtigkeit, mit welcher die geschilderten Organe dieses Zeit à la Gargantua bedonen — es nahmen gegen 13.000 Maires, dazu eintausende sonstige offiziell Eingeladene an dem Bankett Theil — die sich daran knüpfenden Kommentare lassen aber keinen Zweifel an der Absicht, einer vollständigen Wahlreform keinen Zweifel zu. Bekanntlich hatte Boulanger schon vor längerer Zeit zuerst den Plan zu Debatte gestellt, zum hundertjährigen Jubiläum der großen Revolution einen Kongress der Kommunevertreter von ganz Frankreich zu veranstalten. Dieser Kongress sollte der Ausgangspunkt einer neuen Politik auf weiten sozialen Reformen sein, werden, er sollte den demokratischen Ausbau der republikanischen Staatsform abgeben. Als Boulanger seinen Vorschlag in die Öffentlichkeit warf, schrie der ganze gutgeachtete Grosbüchler über die unpraktisch revolutionäre Idee — um dieselbe dann umgestaltet und verunstaltet, seines eigentlichen Inhalts beraubt, ihrerseits aufzunehmen, aus einem Neben einer hundertjährigen Festsitzung zu machen. Die Stationierung einer großartigen Nationalversammlung in ein riesiges Festessen ist für die herrschende Klasse außerordentlich charakteristisch.

Selbstverständlich sehen die Oppositionsparteien aller Schattierungen diesen offiziellen Wahlvorstellungen nicht müßig zu, und das opportunistisch-radikale Wahlrecht wird trotz aller Hochdruck von Oben her

einen schweren Stand haben, um so mehr, da es nur mit Hilfe eines Bruchtheils der Radikalen zu Stande gekommen ist. Der Kniff, unter der Androhung des Boulangerismus ein Kartell aller Republikaner mit dem Programm „es darf nichts geschehen, es muß stillgehalten werden, Frankreich muß sich von den bisherigen Wählern der Politik weiter-rufen lassen“ zu Stande zu bringen, zieht nicht mehr recht. Am meisten hat er unter den berufsmäßigen Politikern dadurch seinen Kredit verloren, daß er sich dem „großen Wähler“, der Masse, gegenüber als ein gar zu großer zähsüchtiger Misanthrop herausstellte. Insofern hat sich ein großer Theil der Radikalen an die stets unperdable des Kartells gebliebenen Millerand, Goblet, Lockroy u. angegeschlossen. Mit ihnen hat sich noch ein harter Prozent der sogenannten sozialistischen Radikalen, sozialistischen Autonomisten u. zusammen geschlossen, und so steht ein Wahlkörpers da, dessen linker Flügel eine gewisse Fühlung und Anlehnung mit den Sozialisten behält. Die Devise dieses Körpers lautet: „Besser Boulanger noch Herr“, der Kernpunkt seines Programms ist die demokratische und soziale Republik auf Grund einer Revision der Verfassung durch eine Konstituante, welche durch traste ökonomische Reformen den breiten Massen des Volks volle und unbehinderte Beteiligung am politischen Leben sichert. Das hervorragende Organ des sich ermannenden bürgerlichen Radikalismus ist die unter Millerands Oberleitung ins Leben gerufene „Voix“ (Stimme). Das Blatt löst natürlich vom sozialistischen Standpunkt aus gar manchen kritischen Einwand zu, hebt sich aber doch in wohlthätiger Weise von dem farblosen Mischmasch, der das Monopol des Antiboulangerismus zu haben glaubt, ab. Vor der Hand ist es jedenfalls das anständigste Tagesblatt, welches in Paris zur Zeit erscheint, das einig, dessen Politik nicht um Personen, sondern um Prinzipien kreist. Daß die Gruppe der unabhängigen Radikalen und ihr Organ der opportunistischen Presse eine Heftigkeit der gemeinsamen Angriffe ist, versteht sich von selbst. „Temps“, „Republique française“, „Citoyen“, „Debat“ u. überbieten sich in Pländerung des Kartells für Schimpferien. Außer den angeführten Blättern ist es noch der sozialistische „Parti Ouvrier“, der sich an den Ruten der „Voix“ reißt. (Schluß folgt.)

## Sozialpolitische Rundschau.

London, 4. September 1889.

— Aus Deutschland schreibt man uns: Wir haben wieder einmal nicht genug Soldaten. Die Reptilien haben ursprünglich entdeckt, daß die Mehrvermehrung der deutschen Armee nach der letzten Anglimahl bei weitem nicht ausgereicht hat und daß wir von den Franzosen nicht bloß in der Qualität der Waffen, sondern auch in der Quantität der Soldaten weit überholt worden sind. Darauf hat hinaus will, das wissen wir — dieses Reptilienfieber mit seinem Lobherrn ist von einem erschrecklichen Mangel an Erfindungskraft — es arbeitet immer mit denselben Lügen und mit denselben Kniffen. Ganz gelogen haben die Reptilien in dem vorliegenden Fall nun allerdings nicht. Die französische Armeeorganisation nähert sich mehr als die deutsche dem Ideal der allgemeinen Wehrfähigkeit. Das ist eben ein Vorzug, den sich nur Länder mit demokratischer Verfassung erlauben können, und nicht despotische Staaten, wie das Osmannische Reich, wo das bewaffnete Volk eine Nation für sich ist, welches von dem unbewaffneten Volk nach Möglichkeit getrennt, und in möglichster Entfernung zu ihm gebracht werden muß, weil es die Aufgabe und Beinträchtigung hat, dieselbe gelegentlich läßt lauterlich „über den Haufen zu schießen.“ Die Demokratie ist eben im Stand, mehr Kräfte ins Spiel zu bringen als der Absolutismus, der sich nur dadurch beschränken kann, daß er die thätigen und meisten Kräfte unterdrückt, während die Demokratie sie alle entfaltet und wirken läßt.

Wenn freilich die Reptilien in diesem unabweislichen Uebergewicht der französischen Militärorganisation eine Gefahr für Deutschland erblicken wollen, so ist das pure Heuchelei und Verlogenheit, denn je demokratischer eine Armee organisiert ist, d. h. je mehr sie mit dem Volke eins wird, desto weniger eignet sie sich auch für Angriffskriege und andere Reptilien nebst ihren Söhnen müssen das ebenso gut wie wir.

Ein Schauspiel für Vögel aber ist es, daß heute dem deutschen Reich, dem seit Jahrzehnten Verachtung für die „Parlamentarier“ und für den „dummen Joststand, der in Militärdinge hineinreden will“, eingerichtet worden ist, eine Armee als Muster hingestellt wird, deren Etat alljährlich bewilligt wird, die als „Parlamentarierarmee“ comme il faut ist, und daß diese Parlamentarierarmee — o Schandervogel — unter der Oberleitung eines „Viblisten“, des „Viblisten“ Freinet steht — der allerdings schon während des letzten Krieges bewiesen hat, daß er für militärische Dinge ein ziemliches Verständnis besitzt. War er es doch — und nicht Gaunerbetta — der die „Nationalverteidigung“ leitete und nach Vernichtung der regulären Napoleons-Armee neue Armeen aus der Erde stampfte, dann den deutschen Invasionen gefährlicher wurde, als das stehende Heer Bonapartes je gewesen war.

Die Reichsleiter begnügt sich jetzt mit kleineren Heeren — er führt bald hierhin, bald dahin, um Garulonen zu alarmieren und inspirieren, Paraden abzunehmen, und dieser Tage wird er nach Dresden fahren zu den großen Wandern. Werthwärdigerweise haben seine Stenographen seit der Wänterlichen Schwertpause und seine Allerhöchste Fama-entleerung zu melden gehabt. Apropos, wie es wohl in dem Schilde dieses Hohenzollern'schen Mustermenschen aussieht mag? Flinten, Kanonen, Säbel, Soldaten, Infanterie, Kavallerie, Artillerie — die reine Rübberger Soldatenmacht. Schade, daß die Hohenzollern nicht in Nürnberg geblieben sind — dann war wenigstens Hoffnung, daß die Soldatenpieler keinen so gemeinlichlichen Charakter angenommen hätte. — Aber vermittelst ihres verpöndlichen Vermögens, und ihres hyperfemilischen Aneignungsinstincts, kamen die Hohenzollern leider noch weiter und schließlich an den Kaiserthron. Sanna cunquo — Jedem das Seine, — rapore, zu deutsch rauben, wie die Polen klug vor länger als 100 Jahren gelagt, oder neudeutsch anschauen, das war allseitig die Lösung, und das war auch neulich die Lösung des Reichslofers, als er in Strazburg von „Rinen“ Reichslande sprach. — Was war das eine eufasane Amerikaner, denn die „Reichslande“ heißen gerade deshalb Reichslande, weil sie keinem besonderen Fürsten unterthan sind, sondern dem „Reich“ gehören. So bricht die Hohenzollernnatur überall durch.

Die Reptilien thun, als ob dem Bismarck doch endlich einmal „ermas gelangen wäre“. Die Schweiz sei zu streng getrieben, und die Wohlgefühls-Kampagne habe ihren Zweck erfüllt. Falsch, Ihr Reptilien. Daß der Schweizerische Bundesrath die ausländischen Sozialisten hinstarrt, das ist eine alte Geschichte. Das thut er aus Keilung. Und das hat er auch vor der Wohlgefühls-Kampagne bereits gethan. Das war nicht deren Zweck, und konnte es nicht sein: Herr Bismarck hatte es auf die Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz abgesehen — und mit diesem seinen Plan ist er jämmerlich abgeblieben.

Hebrigens kriecht er jetzt wahrhaft händlich vor den Engländern. Seit „Väterchen“ ihm nenerdings einen zünftigen Fußtritt verweigert hat, ist dem Bismarck vor Rußland das Bismarck vor England gefolgt. Natürlich mit gleichem Erfolg.

— Der Streik der Londoner Dockarbeiter dauert noch immer fort. So bezeichnen auch die Forderungen der Arbeiter sind, die Dock-Lohngehörigen hemmen sich mit der äußersten Unnachgiebigkeit dagegen, sie zu bewilligen. Sie haben zwar vorigen Donnerstag unter dem Druck der öffentlichen Meinung einige Konzessionen gemacht, aber gerade die Lohnherabsetzung von einem Penny pro Stunde erklärten sie, nicht bewilligen zu können. Das ist aber, wie ihnen nachgewiesen worden ist, eine große Unwahrheit; die Herren wollen nur um ihrer „Autorität“ willen nicht nachgeben und bauen darauf, daß der Hunger die Arbeiter schließlich doch zu Noth werden werde. Schliesslich sind es ja nicht sie, die durch die Unterbrechung der Arbeiten verlieren, sondern die Schiffszehrer und das Publikum. Es herrscht daher nicht bloß unter den Arbeitern große Entrüstung gegen sie, während die Sympathie des großen Publikums nach wie vor auf Seiten der Streiker ist, die sie

auch im vollsten Maße verdienen. Ihre heroische Ausdauer ist wahrhaft bewundernswürdig. Trotzdem die Gläubigen sehr reichlich fließen, reichen sie doch bei Weitem nicht aus, die große Masse der Ausgestoßenen vor Mangel zu schützen. Es herrscht ein furchterliches Elend unter den Opfern der kapitalistischen Profitgier, und doch halten sie tapfer aus, und dabei legen sie eine außerordentliche Selbstbeherrschung an den Tag; ruhig und entschlossen hören sie die Verhöhnung über den Stand der Dinge an, und ruhig und entschlossen stimmen sie einmütig dafür, nicht nachzugeben, bis sie ihr beschwerliches Verlangen durchgesetzt.

Das Streikomitee, dessen einzelne Mitglieder physisch geradezu Unglaubliches geleistet haben, hat sich Ende voriger Woche, als die ablehnende Antwort der Docksdirection bekannt wurde, in der ersten Aufwallung zu einem Schritt hinreißend lassen, der leicht für den Streik hätte verhängnisvoll werden können; es veröffentlichte ein Manifest, in dem es die Arbeiter Londons anforderte, wenn bis zum Montag die Forderungen der Docks nicht bewilligt sein würden, einen Generalstreik einzutreten zu lassen. Das war, wie sich alsbald herausstellte, ein großer Fehler; denn abgesehen von der physischen Unmöglichkeit, den Generalstreik ins Werk zu setzen, mußte eine solche Anforderung, selbst wenn sie, wie wohl beabsichtigt, nur als Präzision wirken sollte, von der Gesamtheit der Arbeiterorganisationen ausgehen. Das Komitee sah dies auch ein, und zog am nächsten Tage das Manifest wieder zurück.

Am Sonntag fand eine neue Demonstration im Hyde-Park statt, die noch weit zahlreicher, vielleicht doppelt so stark besucht war, wie die erste. Wegen 150,000 Menschen drängten sich um die Tribünen und stimmten für die Resolution, die zu Festhalten am Streik und zur Unterstützung der Streikenden anforderte. Außer den sozialistischen Mitgliefern am Streik-Komitee: John Burns, H. H. Champion, Tom Mann, Fr. H. Aveling, sowie Gunningham Graham und dem Sekretär des Vereins der Dockarbeiter, Ben Tillet, sprachen auch verschiedene Vertreter von Gewerkschaften, sog. qualifizierte Arbeiter. Dieses Hand in Hand Gehen der Letzteren mit ihren bisher verachteten unqualifizierten Kameraden ist eine der bemerkenswertesten Erscheinungen dieses an erhebenden Momenten so reichen Kampfes.

Obwohl wir im Leitartikel bereits darauf hingewiesen, müssen wir hier noch einmal der großen, über alles erhabenen Opferwilligkeit gedenken, welche die Arbeiterschaft Londons für die armen Docks an den Tag legt. Diese Straft die Lebensarten von dem Mangel an Idealismus unter den englischen Arbeitern vollständig ab. Es ist geradezu überwältigend, wie schwere Opfer sich die Einzelnen auferlegen, um denen zu helfen, die sie bisher für „Gefährdet“ hielten. Eine Steuer von 5 Prozent vom Wochenlohn ist noch das Wenigste, viele geben 10, 20 Prozent, ja es haben Arbeiter den halben, ihren ganzen Wochenlohn gebracht, für die armen Docksleute. Der Verein der Londoner Schriftsetzer hat in Kräftstimmung beschlossen, während der Dauer des Streiks in Wochenraten von je 100 Pfund bis zu 500 Pfund Sterling — 10,000 Mark (!) dem Streikfonds zu überweisen, und zwar stimmten 5,559 Mitglieder dafür und nur 194 dagegen. Daneben wird aber noch in den einzelnen Schichten gesammelt und auch dabei kamen sehr ansehnliche Beiträge zusammen. Andere Branchen können nicht so viel geben, aber thun ebenfalls, was in ihren Kräften steht. Kurzum, es zeigt sich, daß der Gedanke der Solidarität der Arbeiterinteressen tiefe Wurzeln in den Herzen der englischen Arbeiter geschlagen. Wäre die Zahl der Streikenden nicht eine so gewaltige und fehlte diesen, im buchstäblichsten Sinne des Wortes Ausgestoßenen nicht jede sonstige Hilfsquelle — es wäre kein Zweifel, daß der Sieg ihnen zufällt und die veruchte Spekulation auf den Hunger als „Wandlins“ elend in die Brüche geht.

Im Augenblick, da unser Blatt in die Presse geht, werden erneute Vermittlungsvorläufe gemeldet. Ob sie erfolgreicher sein werden als die vorhergehenden, bezweifeln wir. Die Herren Docks-Directoren bestehen auf ihrem Schein, und um sie zum freiwilligen Nachgeben zu bewegen, ist der Druck der öffentlichen Meinung nicht stark genug.

— **Nichts zu spiheln?** Wie ein Berliner Telegramm der „Londoner Daily News“ meldet, sucht die „Kordobente“ an der Hand von Aussagen aus deutschen sozialdemokratischen Blättern den Beweis zu liefern, daß der Londoner Dockarbeiter-Streit von den Sozialisten angezettelt worden sei; die Berliner „Volkstimme“ habe bereits am 27. August von der Absicht, den Generalstreik zu proclamieren, gewußt, während das betreffende Manifest erst am 30. August erschienen sei.

Diese Produktion ist des Hünimard'schen Leibblasses vollkommen würdig, schade nur, daß sie in England ihren Zweck vollständig verfehlt. Aber sie zeigt wieder einmal deutlich das Bestreben der Berliner Drathzieher, für ihre Polizei-Internationale Kasse zu machen. Wie sie in Genf durch ihren Haupt-Artikulate auf den russischen Zaren ins Spiheln ließen, so wollen sie jetzt sich den Engländern gegenüber den Anschein geben, als glaubten sie an eine große Verkwünderung, die nur sie ansprechen können. Hinter dieser Sucht, den Allverweltspihler zu machen, steckt selbstverständlich nichts als der Wunsch, die ganze Welt hünimardisch regiert zu sehen. Leider wird er aber wohl ein „Fronner“ bleiben müssen.

— **Wenn die herrschende Klasse in Deutschland** irgend ein wohlklingendes Wort in den Mund nimmt, so kann man sicher sein, daß sie eine neue Infamie plant. In unserer Zeit der Ausschleifung aller christlichen Begriffe, ist ja nichts leichter, als für die schlaueste Sache eine gleichende Redensart anzutreiben. So wurde das Tabakmonopol, obwohl nur für fiskalische Zwecke bestimmt, als „Patrimonium der Unterthanen“ — zum Glück vergeblich — angepriesen und die Vertheuerung der Lebensmittel des Volkes als Schatz der nationalen Landwirthschaft. Gerade das Wort Schatz muß besonders häufig herhalten, um den Deckmantel für allerhand Spitzbübereien abzulegen — soll irgend ein Raubzug auf die Taschen des Volkes, irgend ein Handreich gegen ein Recht des Volkes geführt werden — sofort wird das Wort Schatz ausgepielt — in demselben Sinne, wie der Dieb von „in Sicherheit bringen“ redet, wenn er irgend einen Gegenstand seinem rechtmäßigen Eigentümer entwendet.

So wird denn auch der Freizug gegen das — ach, so beschränkte — Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter unter dem Schutze des „Schatzes“ geführt. Man höre nur, was die „Kordob. Allgemeine“, das Leitorgan Hünimard's, neulich in dieser Hinsicht für Falkenhayner zu Tage förderte:

„Daß der Gesetzgeber von 1869 die Koalitionsfreiheit nur den, von ihm in § 152 ausdrücklich benannten Kategorien das gewähren wollen, geht namentlich auch daraus hervor, daß die in § 153 von ihm ausgesprochenen Strafanordnungen eine allgemeine, nicht auf diese Kategorien beschränkte ist. Hätte der Gesetzgeber nicht nur den Arbeitgebern und Arbeitnehmern den Gebrauch des Koalitionsrechtes gewähren wollen, sondern jedem, der die Neigung verspürt, sich in die Vereinbarung des Arbeitsvertrages einzumischen, so hätte der Gesetzgeber keine Unterscheidung betrefis der von beiden Paragraphen begriffenen Personen und Kategorien zu machen nöthig gehabt. Gerade daß diese Unterscheidung gemacht wurde, spricht für eine einschränkende Interpretation des § 152, wenn aber, wie die „Nationalliberale Korrespondenz“ sagt, der heutige Gesetzgeber nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet erscheint, möglichst großen Schutz gegen den Mißbrauch des Koalitionsrechtes zu schaffen, so möchte solcher Schutz zunächst dahin anzusetzen sein, daß die Koalitionsfreiheit gegen den, sei es zu welchen Zwecken immer, erfolgenden Mißbrauch durch Unbefugte geschützt wird.“

Die einleitende Rechtsfolgerung ist der Rabulisten würdig, die in demselben Augenblick da sie die famose Hünimard'sche in Sicherheit bringen, die Diktandprose gegen die Reichstagsabgeordneten in Szene setzten. Weil die Gewerbeordnung vom Jahre 1869 da, wo sie von der Koalitionsfreiheit handelt, ganz logischerweise nur von denen spricht, die sie bisher nicht hatten, — § 152 handelt von der Aufhebung bisheriger Verbote und Strafbestimmungen — da aber, wo sie von Nebergreifen handelt, schlichtweg sagt: „Wer andere durch Anwendung körperlicher Zwanges u. s. w.“ — soll dies ein Beweis sein, daß der „Gesetzgeber“ das Koalitionsrecht nur so verstanden habe, daß die Arbeiter — denn für die Arbeit Nehmer existiren Strafbestimmungen überhaupt nicht — heilige Niemand zu Nothe gehen, als Sprecher wählen dürfen, der nicht zu ihrem Verzuge gehört, nicht direkt an ihrem Lohnkampf theilnimmt? Wir würden sagen, das ist der Gipfel des

Widerstands, wenn der Sinn dieser Auslegung nicht so klar auf der Hand läge: bei der in Deutschland notorischen Gespitzigkeit des Unternehmertums, die Wortführer der Arbeiter — selbst wenn es sich um noch so legitime Forderungen handelt, zu ächten, soll diesen auf solche Weise die Benutzung des Koalitionsrechtes erschwert, unmöglich gemacht werden. Der geplante Schutz der Koalitionsfreiheit überlegt sich in's christliche Deutsch als Nord der Koalitionsfreiheit.

Zum Glück dürfte vorherhand auch das „nicht gelingen“. Bei solchen Schurkenstückchen, bei diesem nichtswürdigen Hochverrath an der Sache des Volkes gilt aber der Grundsatz, den die Machthaber als Schatz ihrer Gewalt Herrschaft in die Straßengebüder eingeschrieben haben: Schon der Versuch ist strafbar.

— **Er hat keine Zeit.** Als neulich, bei der Anwesenheit des Reichstages in Glatz, Vorbringen eine Deputation zu ihm gehen wollte, um die Aufhebung der russischen Maßregel des Wahzwangs zu erbiten, ließ er den blutdürstigen Leuten sagen, er könne sie nicht empfangen, er habe keine Zeit.

Kur — die Leuten hätten auch besser gethan zu Hause zu bleiben, denn daß an dieser Stelle nichts auszurichten war, und daß die richtige Schmitze wo anders liegt, das hätten sie wissen müssen. Die Bedeutung der kaiserlichen Antwort wird hierdurch aber nicht im Mindesten geschmälert. Für solche Angelegenheiten, die so recht eigentlich Gegenstand des Regierens sind, hat der Kaiser keine Zeit — so sagt er selbst. Und warum hat er keine Zeit? Weil er — auch das sagte er selbst — Soldaten beschäftigen und — reisen muß. Da nun ein Kaiser weder die Unwahrheit sagen, noch Unrecht thun kann, so erhebt aus der kaiserlichen Antwort, daß die Beschwerten seiner „Unterthanen“ ändern überhaupt nicht Sache des Kaisers ist — wohl aber das Soldatenbeschäftigen, Reisen und sonstige zur „Repräsentation“ gehörige Vergnügungen. Es ist sehr gut, daß dieß dem Volke, welches in Bezug auf die Stellung und das Amt der Kaiser und Könige mitunter noch gar naive Anschauungen hat, von einem der betreffenden Herren selbst einmal gesagt wird.

Diese Rede des Kaisers ist auch nicht korrigiert worden. Sie war insofern glücklicher als die Rede, in welcher der Kaiser ein paar Tage später das „scharfe Schwert“ der Waffenhaken feierte, und die — nachdem sie gehalten worden — dreimal korrigiert werden mußte, bis das „scharfe Schwert“ so weit abgeschliffen war, daß es im „Staatsanzeiger“ kein Linsen mehr anstiften konnte. Da jede der Redarten dem Publikum sofort durch das wälfische Telegraphenbureau beiläufig mitgetheilt wurde, so konnte das Volk der Denker den interessanten Abschleifungsprozeß ganz genau verfolgen — was immerhin etwas Belehrendes hatte. Jedenfalls ist aber der Beweis geliefert, daß zwei Stenographen der kaiserlichen Beredbarkeit nicht genügen; und wir raten, die Zahl zu verdoppeln.

Apropos, Er hat noch eine Rede gehalten, die nicht korrigiert wurde. Nämlich in Reg bei der Grundsteinlegung des — Denkmal's für den alten Wilhelm, wo der junge Wilhelm sich also ausdrückte: „Im Namen des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes! Zum Gedächtniß des Begründers der deutschen Einheit, des heimgegangenen Kaisers, Wilhelm I. Ich spreche's, Gott malk's!“

Was Gott „wollen“ soll, haben wir leider nicht entdecken können. Vielleicht ist ein anderer glücklicher gewesen.

— **Eine Bestie.** Folgende nichtswürdige Soldatenschinderel wird der „Frankfurter Zig.“ aus München berichtet: „Wiener Blätter meldeten vor einigen Tagen, beim Regimente „Exerzieres des I. bauer. Infanterieregiments seien jählich in Folge kolossaler Hitze 135 Mann erkrankt, 2 davon seien gestorben. Ein hiesiges Blatt, das dem beim Militär herrschenden Verleumdungsgeist prinzipiell in die Hände zu arbeiten scheint, brachte ein geharnischtes Document, worin jene Meldung als ungeheuerer Ausschweizer bezeichnet war. Die Sache sei nicht so schlimm gewesen, es seien lediglich einige Leute ausgezerrt — als ob ein Soldat nur so zu seinem Vergnügen aus Reih und Glied treten könnte! — von ernstlichen Erkrankungen könne nicht die Rede sein. Diese Notiz veranlaßte uns, Erkundigungen über den Vorfall einzuziehen, und wir hörten nun aus bekunnter Quelle folgende's: Am Montag den 19. August rückte das Regiment in feldmarschmäßiger Ausrüstung (Zuchtmantel, Helm, gepackter Tornister, Spaten u.) Morgens 6 Uhr aus und kehrte erst um 1/2 12 Uhr zur Kaserne zurück. In den Paraden unter Herrn von Rich — der letzte Oberst heißt Reichler — rückte das Regiment keck um 10 Uhr ein. Es war da drückend heiß. Der erste Mann, der austritt zu dürfen bot, war ein Einjähriger-Freiwilliger. Er wurde derb angefahren. Natürlich, ein Einjähriger“, hieß es. Die Hauptleute machten daraufhin in ihren Kompagnien Folgendes bekannt: Jeder Einjährige, der von nun ab austritt, muß zur Strafe dafür lafenziren, weil anzunehmen ist, daß er Abends zu lange kneipt, überhaupt einen niederlichen Lebenswandel führt, folglich den Strapazen nicht mehr gewöhnt ist. Jeder Gemeine, der austritt, darf aus den nämlichen Gründen die Kaserne nicht mehr verlassen.“ Und die Folgen dieser mehr grausamen als weisen Logik? Aus Furcht vor der angedrohten Strafe wagten die Leute es nicht mehr, sich zum Austritt zu melden, sie thaten mit, bis sie eben einfach nicht mehr konnten und zu Duzenden umfielen! Zellweise erhielten sie sich langsam wieder, so daß sie zu Fuß nachhinken konnten, der größte Theil aber mußte mittels Sanitätswagen nach der Kaserne bezw. ins Lazareth gefahren werden. Ein Reservist der I. Kompagnie, Familienvater, ist inzwischen den Folgen des Hitzschlages erlegen, mehrere andere liegen noch schwer darnieder. Ohne jene Strafandrohung würden sich die Leute bei den ersten Anzeichen des Hitzschlages, also noch rechtzeitig, zum Austritt gemeldet haben.“

Mit einem Wort, die Bestie von Oberst, der die Soldaten um nichts und wieder nichts — das darf dabei nicht aus dem Auge gelassen werden — einer so schändlichen Diktur ansieht, ist der Körper des an den Folgen derselben Verstorbenen, der Verkörper des Lebens derjenigen, die zwar vom Tode gerettet wurden, aber auf Jahre hinaus, stützend an den Folgen des Sonnenstiches zu leiden haben werden. Aber für diesen Mord, für diese Körperverletzung gibt es keine Strafe, der Verbrecher geht frei aus — weiz noch, er hat begründete Anwartschaft auf besondere Auszeichnung. Hat er doch durch die That bewiesen, daß auch er den Krieg, den Massenmord als eine — siehe die vorige Nummer dieses Blattes — Erfrischung betrachtet!

— **Der Arbeiterwahlverein in Dresden** ist von der dortigen Kreisbauhauptmannschaft aufgelöst worden; es ist dies eine Maßregel, welche mit den bevorstehenden Wahlen zusammenhängt, und welche nicht vereinzelt bleiben wird. Die sächsische Regierung hat die Gewöhnheit, mit solchen Schlägen bis zum Beginn der Wahlkampagne zu warten. In ihrem willkürlichen Schurksinn vermeint sie, uns auf diese Weise Verlegenheiten zu bereiten und für die entscheidende Zeit lohm legen zu können. Sehr naiv allerdings, Indeß es ist nun einmal so; und wir haben uns längst darauf eingerichtet, mit den genialen Schurken und Pfaffen anderer Feinde zu rechnen. Die übrigen Wahlvereine der Sozialdemokraten, namentlich in Sachsen, werden wohl bald demselben Schicksal verfallen. In Leipzig sucht man mit wahrhaft polizeiwürdiger, und doch polizeilicher Blumpheit nach einem Vorwande. Als nämlich vergangene Woche der durch Kaiserbergzeitung und Reichzeitung ausgezeichnete Politiz-Freienberg bei irgend einer möglichst unpassenden Stelle eine Verammlung des Wahlvereins angelegt hatte, zog er ohne jegliche Veranlassung seinen Revolver und ließ zum Saale hinaus, als gälte es, sein armes Leben vor den blutdürstigen Sozialdemokraten, die den Polstron nur auslachten, zu retten. Den anderen Tag stand in dem amtlichen Organ der sächsischen Regierung, der „Leipziger Zeitung“, die Schauererzählung zu lesen: „Die Verammlung sei sehr erregt gewesen; der überwachende Polizeibeamte habe sich mit der Waffe in der Hand den Weg zum Ausgange bahnen müssen!“ — So unverschämmt muß man liegen, wenn man einen Verein auflösen will, der unbedeutend gemein ist, aber keine gewöhnlichen Handhaben zur Maßregelung bietet! Es genügt, solche Erbärmlichkeiten anzumageln — eines Kommentars bedürftig ist nicht. Ebenjensam als wir es nöthig haben, zu verhindern, daß die Sozialdemokratie auf derartige Klaffe vorbereitet ist.

— **Der Arbeiterwahlverein in Dresden** ist von der dortigen Kreisbauhauptmannschaft aufgelöst worden; es ist dies eine Maßregel, welche mit den bevorstehenden Wahlen zusammenhängt, und welche nicht vereinzelt bleiben wird. Die sächsische Regierung hat die Gewöhnheit, mit solchen Schlägen bis zum Beginn der Wahlkampagne zu warten. In ihrem willkürlichen Schurksinn vermeint sie, uns auf diese Weise Verlegenheiten zu bereiten und für die entscheidende Zeit lohm legen zu können. Sehr naiv allerdings, Indeß es ist nun einmal so; und wir haben uns längst darauf eingerichtet, mit den genialen Schurken und Pfaffen anderer Feinde zu rechnen. Die übrigen Wahlvereine der Sozialdemokraten, namentlich in Sachsen, werden wohl bald demselben Schicksal verfallen. In Leipzig sucht man mit wahrhaft polizeiwürdiger, und doch polizeilicher Blumpheit nach einem Vorwande. Als nämlich vergangene Woche der durch Kaiserbergzeitung und Reichzeitung ausgezeichnete Politiz-Freienberg bei irgend einer möglichst unpassenden Stelle eine Verammlung des Wahlvereins angelegt hatte, zog er ohne jegliche Veranlassung seinen Revolver und ließ zum Saale hinaus, als gälte es, sein armes Leben vor den blutdürstigen Sozialdemokraten, die den Polstron nur auslachten, zu retten. Den anderen Tag stand in dem amtlichen Organ der sächsischen Regierung, der „Leipziger Zeitung“, die Schauererzählung zu lesen: „Die Verammlung sei sehr erregt gewesen; der überwachende Polizeibeamte habe sich mit der Waffe in der Hand den Weg zum Ausgange bahnen müssen!“ — So unverschämmt muß man liegen, wenn man einen Verein auflösen will, der unbedeutend gemein ist, aber keine gewöhnlichen Handhaben zur Maßregelung bietet! Es genügt, solche Erbärmlichkeiten anzumageln — eines Kommentars bedürftig ist nicht. Ebenjensam als wir es nöthig haben, zu verhindern, daß die Sozialdemokratie auf derartige Klaffe vorbereitet ist.

— **Der Arbeiterwahlverein in Dresden** ist von der dortigen Kreisbauhauptmannschaft aufgelöst worden; es ist dies eine Maßregel, welche mit den bevorstehenden Wahlen zusammenhängt, und welche nicht vereinzelt bleiben wird. Die sächsische Regierung hat die Gewöhnheit, mit solchen Schlägen bis zum Beginn der Wahlkampagne zu warten. In ihrem willkürlichen Schurksinn vermeint sie, uns auf diese Weise Verlegenheiten zu bereiten und für die entscheidende Zeit lohm legen zu können. Sehr naiv allerdings, Indeß es ist nun einmal so; und wir haben uns längst darauf eingerichtet, mit den genialen Schurken und Pfaffen anderer Feinde zu rechnen. Die übrigen Wahlvereine der Sozialdemokraten, namentlich in Sachsen, werden wohl bald demselben Schicksal verfallen. In Leipzig sucht man mit wahrhaft polizeiwürdiger, und doch polizeilicher Blumpheit nach einem Vorwande. Als nämlich vergangene Woche der durch Kaiserbergzeitung und Reichzeitung ausgezeichnete Politiz-Freienberg bei irgend einer möglichst unpassenden Stelle eine Verammlung des Wahlvereins angelegt hatte, zog er ohne jegliche Veranlassung seinen Revolver und ließ zum Saale hinaus, als gälte es, sein armes Leben vor den blutdürstigen Sozialdemokraten, die den Polstron nur auslachten, zu retten. Den anderen Tag stand in dem amtlichen Organ der sächsischen Regierung, der „Leipziger Zeitung“, die Schauererzählung zu lesen: „Die Verammlung sei sehr erregt gewesen; der überwachende Polizeibeamte habe sich mit der Waffe in der Hand den Weg zum Ausgange bahnen müssen!“ — So unverschämmt muß man liegen, wenn man einen Verein auflösen will, der unbedeutend gemein ist, aber keine gewöhnlichen Handhaben zur Maßregelung bietet! Es genügt, solche Erbärmlichkeiten anzumageln — eines Kommentars bedürftig ist nicht. Ebenjensam als wir es nöthig haben, zu verhindern, daß die Sozialdemokratie auf derartige Klaffe vorbereitet ist.

Zwischen mich der Polizeifreizug gegen die Fachvereine mit wachsendem Eifer forgesetzt. In Leipzig sind jetzt auch die Töpfer „angehört“ worden. Obgleich dieses Anstellungs-Ziel nun schon über ein Jahrher, d. h. seit Proklamirung des Sozialistengesetzes, von der Leipziger Polizei getrieben wird, ohne daß ihr auch nur der bescheidenste Erfolg geläufig hätte, so schöpft sie nach wie vor Eimer um Eimer aus dem brandenden Meere der Arbeiterbewegung, und merkt nicht, daß die Fluth immer weiter vordrängt, und vor der heiligen Hermand nicht den geringsten Respekt hat. Daß den Herren Staats- und Gesellschaftsrichtern gar nicht einmal das Bewußtsein aufdämmert, wie unglücklich albern sie sind! Freilich, zur Selbsterkenntniß bedarf es eines gewissen Grads von Verstand, — eines höheren jedenfalls, als er bei Politzisten und Polizeipolitikern zu finden ist.

Einen erbauenden Kontrast zu den Maßregelungen der Arbeiter-Organisationen bildet die absolute Duldung jeder Organisation der arbeitserfreundlichen Parteien, und vergehen sich diese Organisationen auch noch so flagrant gegen den Buchstaben und Geist des Gesetzes. So beriefen z. B. neulich die Jungnen von Burgstädt und einigen Städten der Umgegend eine Konferenz der Jungnen zum Zweck der Aufstellung eines Vorstandskomitees. Da die Jungnen sich mit politischen Dingen nicht befassen dürfen, und da eine Wahl unzweifelhaft etwas Politisches ist, so nennlich das Politische, was es auf Erden gibt, so war die Konferenz entschieden ungesetzlich. Es ist aber Niemand eingestiegen, sie zu verbieten, obgleich die Einladung öffentlich erfolgt war; und mehr! gerade der Beamte, welcher die strafgeplagte Verfolgung hätte einleiten müssen, der kaiserliche Amts-Anwalt von Burgstädt ging selber als Referent auf der Konferenz! Das nennt man in Deutschland: „Gleichheit vor dem Gesetz“.

— **Arbeiterfänger** wird legt, da Newwahlen in Sicht sind, wieder mit doppeltem Eifer betrieben — und zwar von allen bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme. Und sehr spitzhaft ist es, wenn beim Betrieb dieses edlen Geschäftes die Herren Konkurrenten einander in's Gehege und in die Haare geraten. In Westphalen erleben wir jetzt dieses Schauspiel. Die schlanen Zentrumsleute haben ihren Rathhollentz heuer nach Pöhm in Berlin, ins Hauptquartier der national-liberalen Kohlenbarone, und haben dort die Fahne der Sozialreform aufgepflanzt. Dem Arbeiter soll und muß geholfen werden; es ist aber nur möglich auf dem Boden des Christenthums und im Schutze der Kirche oder doch wenigstens im Schatten der alleinseligmachenden Kirche. Und der pfiffige Windhahn hat eine parlamentarische Kampagne zu Gunsten der Arbeiter im Allgemeinen und der Westphälischen Kohlenarbeiter im besondern angefangen. Was er gelang, und was er in Aussicht gestellt — natürlich Alles so allgemein als möglich — das kann uns sehr gleichgültig sein — es ist die alte Weiz, und wir kennen die Weize, wir kennen den Text und wir kennen die Herren Verfasser. Immerhin verdient es Beachtung, daß die Erklärung gerade an diesem Orte erfolgt ist. Es ist entschieden ein sehr geschickter Schachzug gegen die Nationalliberalen, die durch ihre Brutalität gegen die Arbeiter sich das elst so gefürchtete „Stammvieh“ ganz entfremdet haben.

Ran — wir schauen diesem Konkurrenzkampf der Arbeiterfänger mit größtem Vergnügen zu, — die Sozialdemokratie ist „der Dritte, der sich freut“ und wenn es auch in viel wäre, wollten wir sagen, der ultramontane Borstich werde ganz ohne Erfolg bleiben, so hegen wir doch nicht den mindesten Zweifel, daß Ultramontane wie Nationalliberale nur für uns arbeiten, und daß durch ihre Rathhollentz die Emancipation der westphälischen Bergarbeiter aus den Banden der Zentrums-Pfaffen und des nationalliberalen Kapitals nur beschleunigt wird.

— **Die erfolgreiche Einigung der deutschen Bergleute** in Dorfeld hat die Grubenbesitzer ganz rasend gemacht. Die meisten Delegirten sind gemahregelt, und die es nicht sind, werden gemahregelt werden. Auch im gemäßigten Sachsen, wo lieber die Grubenbesitzer sich einmüthigen mühten, wird nun das Maßregeln ein groß betrieben. Bravo! Wir können nicht so schnell als wir möchten, die heutige Welt untergeben und unterwerfen. So müssen unsere Feinde uns helfen. Wie gut sie es doch mit dem Umsturz meinen!

— **O Wunder, o Wunder!** Als der alte Wilhelm gestorben war, bemerkte ein Palast, wie sich ein Schwan, — nach andern Berichten war's ein prächtiger Hahn — über dem Palast des abgewordnenen Kaisers von Könnig erhob und mochtlich — wer hat schon einen Schwan majestätisch fliegen gesehen? — den Blicken der staunenden Zuschauer erschwand.

Dieses kleine Wunder hat in den Kreisen der Frommen am Berliner Hofe so sehr gefallen, daß man seitdem von Zeit zu Zeit die Nothwendigkeit von Wiederholungen desselben empfand. Das Aischensregiment des bitterbösen Friedrich bot dazu natürlich keinen Anlaß, und als derselbe todt war, hätte man ihm zwar gerne einen schwarzen Raben nachgeschickt, aber aus Gründen der Etikette mußte man darauf verzichten. Dafür erfolgte bei der Beieigungsfestlichkeit das Wunder — die Berliner nannten es den Zauber — der Beleuchtung des jungen Wilhelm durch einen Sonnenstrahl, der sich plötzlich in vollem Glanze auf das Haupt des neuen alten Kaisers ergoß. Das reichte für den Augenblick aus, hat aber immerhin noch nicht „gestrichelt“, und so hat man denn während der Kaiserkrönung in Stragburg ein neues Wunder, das wunderbarste von allen — sagen wir, ermittelt. Man höre, was die nationalliberale „Straßburger Post“ nachträglich zu berichten weiß:

„Gerade als bei dem Empfange die ersten Reudankungen in den Reichthimmel emporschnitten und mächtige Hochrufe über der weiten Pflaß brauseten, erschien über dem Kaiserplatz eine weiße Taube; man wußte nicht, woher sie kam. Ein paar Mal kreiste das anmüthige Thierchen über dem Palast, dann ließ es sich auf dem Dachsimms gerade über dem Arbeitzimmer Kaiser Wilhelms nieder.“

Man wußte nicht, woher sie kam.“ In ganz Stragburg hatte man bis dahin noch keine Tauben gefannt. Sollte es die historische Taube gemeint sein, von der schon die Apostel geschrieben haben? Dann ist nur eines zu bedenken: daß sie nicht auch Ihre Stimme erhoben hat. Hoffentlich thut sie es das nächste Mal. Und hoffentlich ist denn auch gleich ein Stenograph zur Stelle.

— **Im Wettbewerb** um die — überzeugendsten Verfallungs-Anstellungsgründe sind wieder einige Leistungen ersten Ranges zu verzeichnen. Nachdem längst in Leipzig eine Verfallung angelegt wurde, weil ein Theil der Leipziger über verschiedene weise Anordnungen des Beamten geklagt hatten — wer laßt da? — sind in der Reichstadt Brandenburg a. d. Havel kurz hintereinander zwei Gewerkschafts-Verfallungen gleich beim Beginn angelegt worden, die erste, nachdem der Redner die haatogefährlichen Worte „Reine Herren“, die zweite, nachdem der Referent die nicht minder haatogefährlichen Worte „Meine Freunde“ gesprochen. Ja, die letztere Rede scheint noch haatogefährlicher zu sein, als die Erstere, denn während die Aufführung für diese von der Aufsichtsbchörde als nicht gerechtfertigt erklärt wurde, hat die Aufführung für jene deren volle Zustimmung erhalten. Sicher aus guten Gründen, denn wenn jemand eine Verfallung mit „Meine Freunde“ anredet, läßt das nicht auf einen stillen Geheimbund schließen? Wir empfehlen den deutschen Staatsanwälten diese Frage, wie es im Reptilendich heißt, in Erwägung zu ziehen.“

Aber auch mit dem „Meine Herren“ hat es seinen eigenen Haken. Es wird einem strebsamen Jünger Lesendort's unmöglich schwer fallen, nachzuweisen, daß wer eine Verfallung von Arbeitern „meine Herren“ anredet, damit sagen will, daß die Arbeiter die Herren sein sollen. Also Aufforderung zum Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschafts-Ordnung.“

Die Polizeibehörde von Brandenburg hat sich noch nicht ganz auf der Höhe der Situation gezeigt. Eine recht hübsche Auslösung wird aus Göttingen gemeldet. Sie erfolgte, als ein Hoch auf den Frieden und alle, die den Frieden wollen, angebracht wurde.

Die Ehre Schwabens ist gerettet!

— **„Eine Schande für unser Land“** — „Une honte pour notre pays“ betitelt sich ein kleines Schriftchen, welches unser Genosse E. Heriter in Genf im Auftrag einer Verfallung von

Schweizerbürgern verfaßt hat, und in welcher er gegen die vom Schweizerischen Bundesrat in der Frage der politischen Flüchtlinge eingenommene Haltung und im Speziellen gegen die von der Genfer Polizei verfügte Ausweisungen und Drangsalierungen von Ausländern, die entweder politische Flüchtlinge oder doch Emigranten ohne jegliche Ausweisbescheinigung sind, in kräftigen Worten zu Felde zieht. Der St. Galler „Stadt-Anzeiger“ schreibt über die Flugschrift:

Berühmt ist dieselbe durch die bereits mehrfach von uns erwähnten Genfer Ausweisungen. Wir lesen hier, daß es mit diesen Massenausweisungen doch keine Wichtigkeit hat, trotz aller Bemerkungsversuche. Wir erfahren, daß sich unter den Ausgewiesenen einer befindet, namens Pörrard, welcher seit mehr als 20 Jahren in Genf wohnt u. s. w.

Angesichts dieser Thatsachen fragt der Verfasser der Flugschrift, ob diese Ausweisungen nicht die mannhaften Worte des Bundesrats Pörrard seien, und ob sich die Genfer Regierung damit nicht der Sympathien bediene, welche unserer Republik im Wohlgeantwandel von der öffentlichen Meinung des gebildeten Europa zu Theil geworden.

Er erinnert sodann daran, daß den Ausgewiesenen keine verbrecherischen Handlungen nachgewiesen worden seien, daß ihr ganzes Verbrechen vielmehr einzig und allein in ihrer demokratischen Gesinnung und deren öffentlichem Bekenntnis bestehe. Nun aber könnten wir Schweizer denselben unmaßhälligen Dingen zum Verbrechen anrechnen, die bei uns im Gegentheil als wahr und recht gelten. Gehe man aber dem monarchischen Europa hierzu nach, so sei das der Anfang vom Ende.

In berechneten Worten wird auch darauf hingewiesen, daß man von England und Frankreich nicht zu verlangen wage, was man von den kleinen Schweizern begehrte. Um so mehr seien wir es unleren Ehre schuldig, alle beherrschenden Anstalten rundweg von der Hand zu weisen.

Der Verfasser schließt mit einer Sonettähnlichen Anrede an die Ausgewiesenen, welche sicherlich auch von Schweizerinnen geschickt wären, wenn dasselbe sie kennen würde.

Wir denken, schließt der „Stadt-Anzeiger“, die Genfer Regierung werde nun doch endlich ihr unbegreifliches Schweigen brechen und Rede und Antwort stehen! Wir haben begründete Zweifel, daß diesem Verlangen, so berechtigt es an sich ist, entsprochen werden wird. Es wird vielmehr fortgedauert werden, eine Bemänglungsform, die ja auch für diejenigen durchaus angemessen ist, die sich zwischen zwei Stühle setzen. Heute eine laipere Erklärung und morgen — ein muthiger Gewaltstreich, auf diese Weise wahrlich man die Ehre der Republik, und wer diesen Weg für grundfalsch erklärt, ist kein „Patriot“.

Von einem „überläufigen Kanne“, der mit dem aus der Schweiz ausgewiesenen Russen Dembäl in Frankreich zusammentrat, erzählt die Züricher „Arbeiterstimme“, daß Dembäl schmerzlich sich entsetzt weigerte, sich auf Geheiß der Polizei photographiren zu lassen. Auf eine Anfrage, welche von der Polizei in Bern gestellt worden sei, sei die Antwort eingetroffen: Warum bei Dembäl eine Ausnahme machen? Photographiren lassen, wenn nöthig durch Anwendung von Gewalt. Nach Obigen, bemerkt dazu die „Arbeiterstimme“, ist also feststehend, daß der Bundesrat auch den empörenden Befehl gegeben hat, die früher ausgesagten russischen Russen photographiren zu lassen, trotzdem diese nur ihrer Ueberzeugung willen ausgewiesen worden sind. Darum ist wohl auch an den Bundesrat die Frage zu richten: Sind von amtlicher Seite die demals aufgenommenen Photographien an Rußland oder Preußen ausgeliefert worden? Bekanntlich sind Photographien der ausgewiesenen Russen in den Händen preussischer Agenten gezeichnet worden. Kommt der Bundesrat dazu, einen Bundes-Polizeipräsident, wenn nicht zu gelehrigsten Scherzgedichten? Sehr richtig, daß es wird hoffentlich Manchem die Augen öffnen.

**Zonderbare Schwärmer.** In Kassel traten sie zusammen die Frauen, so sich Vertreter der deutschen Sittlichkeitsvereine nennen. Diese neueste Pflanze im reichsdeutschen Genußgarten entstammt einer Kreuzung des Unbegreiflichen, dem aus seiner „Jugendzeit“ her noch lebhaft in Erinnerung ist, daß die deutsche Sittlichkeit noch arg zu wünschen läßt. So groß sie ist — denn wüßte Deutschland sonst das Land der guten Tugend? — sie muß nach dem bekannnten Bilde „noch größer sein“. Und um dies ehe Wert zu fordern und Deutschland womöglich in eine große moralische Heilanstalt zu verwandeln, haben sich die deutschen Sittlichkeitsvereine gebildet, in denen sehr viel über die Unfähigkeit gejamert und dadurch die Sittlichkeit enorm gehoben wird.

Daß in diesen Vereinen die Stoffen — und zwar die protestantischen davon — die erste Rolle spielen, liegt an der Hand. So war es denn auch auf belagerten Sittlichkeitskongressen. Der uns vorliegende Bericht der „Frankfurter Zig.“ verzichtet nur Parier: Parier als Referenten, Parier als Korreferenten, Parier als Kommissionsmitglieder — kurzum, Parier wohin das Auge blickt.

Wir können natürlich nicht alles hier anführen, was die sittlichen Herren alles herausgeredet. Melancholi um vernünftigen scheint noch ein Dreißiger gesprochen zu haben, der über das Thema „Schlechte Wohnungsverhältnisse, eine Quelle der Unmoralität“, referierte. Wenigstens figuriren unter seinen Forderungen solche wie „alle Sittlichkeitsvereine sollen die Verbreitungen zur Herbeiführung besserer und billigerer Arbeiterwohnungen unterstützen“, über die sich reden läßt, wenn auch aus anderen Gesichtspunkten als der von diesen Herren propagirten, „Sittlichkeit“. Die eigentlichen Verbreitungen des Vereins oder der Vereine werden viel besser charakterisirt durch die Thesen des Referenten zur Frage: „Die Bekämpfung der Verbreitung unsittlicher Bücher und Bilder“, Parier Weber-W. Gladbach. Der Herr König u. A. folgende Thesen vor, die auch von seinen Brüdern in Christo angenommen wurden:

Die Konferenz richtet an alle Vertreter der Polizei- und Gerichtsbehörden die dringende Bitte, mit Rücksicht auf die Volksgesundheit und die behändige Zunahme unzüchtiger Schriften, Abbildungen und Darstellungen, die der Verherrlichung derselben den strengsten gesetzlichen zulässigen Maßstab anzulegen.

Wehr Polizei — ohne das bringt in Deutschland nun einmal kein Mensch etwas fertig. Beiläufig ist es recht komisch, daß die Herren nicht gleich einen Jubel aller zu verbietenden „unzüchtigen Schriften“ aufgesetzt haben. Den Anfang würde selbstverständlich — die Bibel machen.

Natürlich soll jeder gute Deutsche ein eifriger Denunziant sein, und vor der Bibel — Verzeihung, ein „unzüchtiges“ Buch findet, dasselbe sofort der Polizei anzeigen.

Selbstverständlich muß sich auch die Kunst in den Dienst der Sittlichkeit stellen — keine Venus mehr, wenigstens keine ohne Harnelacke. Die Konferenz richtet an die deutschen Künstler die Bitte, einen idealen Realismus, der nur Fleisch aber keinen Geist kennt, zu bekämpfen, und bei allem, was sie schaffen, an die sittliche Wirkung auf das Volk zu denken. Kalt moralische Bewusstseins und weicht unaufgebende Strohensprüche. So allein kann die Kunst ihre beider Mission erfüllen.

Zum Schluß aber kommt der Bierdurst: Die Konferenz richtet an alle Freunde der heutigen Gesellschaftsordnung die Bitte, die Feiligkeit der Grundgesetze derselben gegenüber dem drohenden Anarchismus vor Allem durch einen streng sittlichen Wandel zu fördern.

Werdet moralisch, ihr, die ihr etwas zu verlieren habt, damit es euch nicht an den Krügen geht. Seid tugendhaft, wenigstens vor der Welt, und das gerühmte Proletariat wird sich von euch nichts Böses thun lassen. Ein schöner Plan, aber es fehlen zu seiner Ausföhrung zwei Faktoren: Eine bestehende Klasse, die auf ihren Genuß, und ein Proletariat, das auf kein Recht Verzicht zu leisten geneigt wäre. Denn die Arbeiter sind heute mit der Lupe zu sehen, die sich durch den bloßen Schein der Gütearbeit irreführen lassen.

**Die Baumwolle-Verarbeitung im Süden der Vereinigten Staaten macht rapide Fortschritte.** Das Haupt der amerikanischen Schutzzöllner, der hiesige Buchhändler und wolkensichtliche Carew, lesen wir im „Philadelphia Tagblatt“, würde keine Freude daran gehabt haben, wenn er es erlebt hätte: Im Süden und Westlichen, daß die Baumwolle da verarbeitet werde, wo sie gebaut wird, nähert sich ruckh der Verwirklichung.

Unterstützt vom Kapital und den geschulten technischen Kräften des Nordens, unterstützt durch zahlreiche und große Wasserkräfte als billige Betriebsmittel und mit überaus billigen Arbeitskräften aus der Klasse der „armen Weissen“ (the poor white trash), ohne die Ausbeutung der Frauen und Kinder einschneidende Fabrikgesetze, hat er, (der Süden), die Baumwolle-Verarbeitung mit treibhausmäÙiger Beschleunigung forciert. Der Baltimore „Manufacturers' Record“ hat statistisches Material gesammelt und gibt folgende Tabelle als vollständige Liste aller Baumwoll-Fabriken in den 14 Staaten des Südens am 31. Juli dieses Jahres:

Staat	Fabriken	Spinnst.	Werkst.
Alabama	21	131,904	2,414
Arkansas	5	13,800	224
Florida	1	1,400	—
Georgia	73	455,998	10,346
Kentucky	6	45,200	677
Louisiana	5	60,280	1,584
Maryland	25	175,542	3,536
Mississippi	11	69,396	2,054
Nord-Carolina	111	876,837	7,851
Süd-Carolina	44	417,730	10,687
Tennessee	31	126,524	2,478
Texas	8	50,868	496
Virginia	14	99,869	2,754
<b>Gesamt</b>	<b>355</b>	<b>2,635,268</b>	<b>45,001</b>

Daraus ist ersichtlich, daß die Zahl der Webstühle und der Spinnstühle sich mehr als verdreifacht hat. Die der Fabriken ist nicht viel mehr als verdoppelt, was sich aber durch die erfindungsmäßige Thatsache erklärt, daß die einzelnen Fabrikationsstellen bei der Entwicklung einer Industrie sich beständig vergrößern. Wo sie am meisten konzentriert ist, wie in Georgia und Nord-Carolina, da kommen auch die meisten Spinnstühle und Webstühle auf eine Fabrik. Hinsichtlich des letztgenannten Staates ist noch bemerkenswert, daß er weniger als halb so viel weisse Baumwollspinnstühle hat, als Georgia und trotzdem eine diesem nahe kommende Baumwoll-Industrie. Farbige sind aber in diesen Fabriken fast gar nicht anzutreffen.

In den Fabriken des Südens wurde bisher bloß grobe Arbeit hergestellt, wie sich das bei der ungelübten Arbeiterklasse von selbst versteht. Nun aber fehlt es an Absatz für diese Waare. Man geht also nach und nach zu feineren Geweben über und das nächste ist, daß auch Bleichereien und Druckerereien eingeföhrt werden. In einigen Jahren wird der Süden voraussichtlich alle Sorten Baumwollstoffe zu produziren im Stande sein.

Damit tritt eine neue Aufgabe an die Arbeiter des Nordens heran, die im Interesse ihrer eigenen Erhaltung gelöst werden muß. Die neuen Industrie-Arbeiter des Südens sind nach sehr bedürftig; sie haben zwar (in Augusta) schon einmal zu rebelliren versucht, sind aber damals von den Fabrikanten leicht bezwungen worden. Die Arbeitszeit ist bis zwölf Stunden; Heberzeit sehr häufig. Die Ausbeutung der Arbeiter hat keine Grenzen. Damals haben die Arbeiter sich gestellt, daß in diesen Fabriken Kinder von sechs Jahren bei Tag und Nacht zur Arbeit angehalten. Es herrscht, mit einem Wort, dort dieselben schauerhaften Zustände, die in England vor der Einführung der Fabrikgesetzgebung bestanden.

Um was es sich also handelt, schließt das „W. T.“, ist eine Arbeiterkampf-Organisation für diese Staaten. Sie dort zu erlangen und zur Durchführung zu bringen, wird ungeheuer schwer sein. Deshalb können wir bei dieser Gelegenheit wieder auf die Nothwendigkeit der Uebertragung derselben an die Union (statt an die Einzelstaaten. Nord. des Soz.) zurück. Es wird nicht schwächer sein, dies durch ein Befreiungs-Anwendem zu bewirken, als in dem Tugend Bourbonsstaaten einschlägige Gesetze durchzuführen, wobei denn immer noch der Nachtheil der UngleichmäÙigkeit derselben besteht.

**Unsere modernen Josias.** Unter diesem Titel schreibt die Chicagoer „Arbeiterstimme“:

Es gibt heute eine Sorte von „Weltenbauern“, denen gegenüber Josias mit seiner Posaune von Jericho nur ein Stümper gewesen ist. Josias ließ sich Horz hohlen — und die Frauen Jericho's hielten ein; unsere modernen Josias bliesen nur die Posaunen auf, lassen eine mit Kraftschrauben gefüllte Waise entstehen — und die kapitalistische Gesellschaft stürzt in Trümmer. Der „Umschwung“ der kapitalistischen Gesellschaft ist für diese Herren ein — was man so zu sagen pflegt — Spaßstück.

Kurz vor dem internationalen Pariser Kongresse hielt einer dieser modernen „Kraftmeister“ in seine in New-York nationalisierte Posaune, und eine Waise folgender Gestalt erschütterte das Traumwespel seiner „Soldaten“: Ein Kongress, der in diesem Jubeljahre der großen französischen Revolution nicht den direkten Umsturz der kapitalistischen Gesellschaft — die sofortige Abschaffung aller Unterdrückungen gegen ihre Unterdrückten, kurz: die soziale Revolution in allen modernen Ländern, auf das Programm setzt, der hat überhaupt keine Berechtigung. — Der, oder richtiger die Kongresse fanden hat und haben den modernen Josias nicht den Gefallen, die sofortige „Rebellion“ zu proklamiren — Intemalen und allbeweisen heute keine Wunder mehr stattfinden — und die Mauern des kapitalistischen Gesellschaftsbauens aus ganz anderen Material zusammengefaßt erscheinen, als es noch der Bibel die Mauern Jericho's gewesen sind; daß die heiligen Kongresse sich mit Fragen wie die Bekämpfung der Arbeitszeit u. beschäftigen, das bräute den modernen Josias — bei dem nur das Eine wunderbar ist, nämlich, daß er die Wunder, die er von Anders verlangt, nicht selbst zu vollbringen gerath — ganz gewollig in den Harnsch. Er setzt jetzt wie ein Bienenstich über die „Pamphlet-Gesellschaft“ in Paris, welche es sich auf Hohen des Proletariats in Paris wagt sein liegen. — Demen modernen Josias und seinen gläubigen Streikern nur so viel zur Entgegnung:

Es hat ein Mann gelebt, der Karl Marx hieß. Dieser Karl Marx hat ein Buch geschrieben, das unter dem Namen „Das Kapital“ — Eine Kritik der politischen Ökonomie“ bekannt ist. In diesem Buche, das gar vieles Lebens- und Ueberzeugenwerthe enthält, ist auch die Rede von der Fabrik-Gesetzgebung in England, resp. von den langwierigen Kämpfen der englischen Fabrik-Arbeiterklasse, die zur Erzwingung dieser Fabrik-Gesetzgebung geführt worden sind. Viele von den Arbeitern Englands' erzwungene Fabrik-Gesetzgebung spielte in der Jetztzeit eine billige, der gesellschaftlichen Verordnungen des schmerzlichen Arbeitstages. Vorher betrug die tägliche Arbeitszeit meist 12—15, vielfach noch mehr Stunden. Dieser Erfolg der Aufregungen der englischen Arbeiterklasse wird von Karl Marx als die physische und moralische Wiedergeburt der Fabrikarbeiter“ gefeiert.

Zur physischen und moralischen Wiedergeburt der Arbeiter aller Länder ist heute wieder eine Bekämpfung der Arbeitszeit die notwendigste wirtschaftliche Reformmaßregel. Diesen Punkt haben die Pariser Kongresse ins Auge gefaßt und mit besten Verköpfung und Betonung mehr für die endgiltige Bekämpfung des Proletariats gethan, als alle modernen Josias mit ihren Kraftschrauben zusammengerommen. Die Bekämpfung besserer Arbeitsbedingungen, die heute nicht schwächer ist als sie vor 40 Jahren in England gewesen, ist positive Arbeit — die Proklamirung des Umsturzes der kapitalistischen Gesellschaft ist weiter nichts als eine hohle Phrase, die den Hohn und Spott der Welt heraufbesorbt. — Wir, die drei Schneider von London u. s. w.

Es wäre einlich an der Zeit, daß das Vhrstündelbenthum sein unmaßhälliges Gebahren offen bekände und zur praktischen Tagesarbeit zurückkehrte. Die Welt geht doch nur ihren geregelten Gang; sie macht keine Sprünge.

**Schade.** Deutsche Blätter berichten: „In Stettin ist der Dampfer „Angehörig“ sofort nach seiner Ankunft aus Stockholm vollständig brennend worden, und zwar nach sozialdemokratischen Schriften. Natürlich wurde nichts gemeldet.“

Hätte wohl auch der Denkschrift gegolten.

**Korrespondenzen.**

**Dannover.** Ende August, unter der Auflage, wider den § 131 des Strafgesetzbuches gestimmt zu haben, standen hier längt 12 Arbeiter vor Gericht, mußten jedoch trotz liebevollster Bemühungen von Staatsanwalt und Richter freigesprochen werden. Der Sachverhalt ist

folgender. Letzten Winter ward hier ein Flugblatt an die Landbevölkerung vertheilt, in welchem betont wurde, daß der Reichstag Anfang 1887 nur angeblich des Septembris wegen, in Wirklichkeit aber nur deshalb aufgelöst worden sei, um die Taschen des armen Mannes noch mehr plündern und dem Volke die noch spärlich vorhandenen Reste der Freiheit vollends nehmen zu können. Der Betscheidiger, Rechtsanwalt Lanzberg, führte in sehr schwarzmüthiger Weise aus, daß der § 131 hier keine Anwendung finden könne, und daß, selbst wenn der Gerichtshof anderer Meinung sei, der Dolus — die strafbare Absicht — fehle, da sämmtliche Angeklagte (ein Theil bestritt überhaupt die Betscheidung) erklärt hätten, keine Kenntniz von dem Inhalt des Flugblattes, welches in verschlossenem Couvert sich befand, gehabt zu haben.

Wie fast unmüthig zu merken, ist auch die Verurteilung, in welcher unser Delegirte zum Pariser Kongress, Genosse H. Meister, Bericht erstattete, der Auflösung verfallen, allerdings erst nachdem das Referat beendet war. Meister gab noch eine kurze Erwiderung auf die Anfechtungen eines Versammlungsbefuchers und als er dabei die Worte gebrauchte, „die Sozialdemokratie steht auf dem Standpunkt, wer nicht arbeitet, hat auch nicht das Recht zum Leben“, wüte der überwachende Beamte die Versammlung auf und erhöhte hierdurch selbstverständlich den Effekt derselben. Bemerkte mag hier noch sein, daß mehrere politische Polizei eine Änderung erfahren hat; der frühere Kommissar derselben hat einen Diktat erhalten und der Inspektor Weisand (früher in Köln) hat diesen Refort mitübernommen. Es hat sich nicht gelohnt eine besondere politische Wacheung zu halten.

Zu den nächsten Tagen werden nun auch wir von dem Reichs-Kaiser beehrt werden, und bei dieser Gelegenheit soll als Festakt zur Aufhebung gelangen „die Arbeiterklasse Dannovers beim Kaiserempfang oder die Reichstags-Grüßwahl in Breslau“. Spah bei Seite, wie anderwärts zwang man hier die Arbeiter zur Knechtel, ganz besonders verdient jedoch an dieser Stelle gebührende Erwähnung zu werden, daß die Arbeiter der Eisenbahn-Reparatur-Betriebsstätten ihre sauer verdienten Geldchen dazu hergeben müssen, um beim Kaiser-Empfang mit neuen Fahnen glänzen zu können; wer sich nichts absehen läßt, ist Reichthum und die Ueberzeugung nicht länger befähigt. Wai aber trotz schamlose Erpressung!

Im Uebrigen geht hier Alles seinen ruhigen Gang, wir sind hier stets schlagfertig und erwarten voll Ungeduld die nächste Reichstagswahl, überzeugt, daß dieselbe ein für und sehr günstiges Resultat liefern wird. Mit sozialdemokratischem Gruß!

Die Beobachter an der Seine.

**Briefkasten.**

Der Expedition: A. R. M. 2. W. 1. — Ab. Ref. per 89 erh. Ad. cord. — Rother Gerbers: Duttig, in Nr. 12 stimmt u. ist gleichlautend gebucht. Dichtschilling notirt. Bl. am 28/8 Weiteres. — Spurrhahn: Dichtschilling notirt. Alles im Gang. — F. Bente Chicago: Radtzig v. 18/8 erh. — G. R. M. 1. W. 1. — f. Dicht. erh. — P. R. Bau: 70 Kr. f. Dicht. erh. Weiteres nach Wunsch. — Dente: M. 100. 24 baar u. M. 42. 30 per Agr. u. Sto. Ab. x. erh. Belloge befragt. Beilage u. W. notirt. — J. M. S. B.: Radtzig folgt. Hoffentlich bringen Sie es doch noch dahin. „Rast ich, so rost ich.“ — Waimund: W. 2. 70 Ab. 3. Cu. Weiland erh. u. Dichtschilling notirt. Es bleibt inbezug beim Generalconto. — D. Beob. u. d. Sp.: M. 30. — W. 2. Cu. x. erh. Ab. u. Beilage notirt. Bl. folgt. — Nr. 2002: W. 2. W. notirt. Erfragtes in Nr. 29 Seite 23. — Sprengelle: Bekleidung folgt laut Vorlage vom 27/8. Weiteres wird eingetr. Betreffende Adresse ist noch gut. Bl. nicht. — 7. 27: W. 5. — f. Dicht. erh. Hr. demnach. Betreffs des Erfragtes wenden Sie sich am Besten an einen der Kaufmannsmächten. Wir kennen keine anderen. Korrespondenz nur in Französisch vorhanden. — Rother Gehlad: P. R. v. 28/8 erh. Weiteres bl. — Sommerländer: M. 29. 65 u. Sto. u. Ab. 3. Cu. erh. W. 2. W. notirt. Dicht. x. folgt thunlich bald. — T. v. M.: M. 25. 65 u. Sto. erh. u. Ab. cord. — Ullrichbrand: M. 60. — u. Sto. Ab. x. erh. Dichtschilling notirt. Genanntes bl. — Kautzias: f. d. u. 25/8 u. 2. Berne. D. — sowie Weiteres betr. u. d. erh. u. Ab. cord. Der in 35 quiritische Betrag ist mit nur M. 3000. — (soll M. 2500.) — zu verlaubaren, da M. 600. — wie bekannt zu kirzen sind. Bl. am 31/8 Weiteres. — Clara: Dichtschilling x. erh. u. Ab. eingetr. Erwarten Marklange. — Weidmann: Dichtschilling x. u. Ab. notirt. Ihr Wunsch ist erfüllt. — Herbst: Ab. ordnen, erwarten aber nach allen bisherigen Gesundheitsproben u. n. e. d. i. n. g. Schluss der bilatorischen Aufnahmewahl. — Pharus: W. v. 29/8 hier u. anderseitig in Kaufschillingen erwarit. Sie werden vollst. gerechtfertigt u. die P. hat das „Nachsehen“. — Rabe Schme: M. 100. — in Baar u. M. 7. 80 in Agr. erh. Weiteres notizirt. — Remulus: Dank für Bekorgung des St. Dichtschilling notirt; hoffentlich bald Fortzug. Weiteres siehe Kongressbericht. Preis incl. Porto 40 Gr. — Waimund: Dank f. Ref. u. 30/8. Erfragtes in Nr. 35 quittirt. — Der Genualie: Das haben Sie misgehört. Abdr. der König. hatte keine Kenntniz von dem Gegenstandsvorschreiben. Dichtschilling u. Ab. notirt. — Pfeiffertopf: Das kann doch Ihr Ernst nicht sein. Es steht doch groß und deutlich im Blatt. Weiteres bl. — Sommerberg: Dichtschilling notirt u. bl. genant. — G. d. Th. P.: Bd. 4. 4 ab 17 bis 112 erh. — Langens Paris: Es gibt Heile im Leben, wo ein Spigebude von einem Seetal kann zu unterschreiben ist; doch, wie wollen nicht unbillig sein. — A. W. S. Sidj. Kopenhagen: M. 5. — f. Dicht. erh. D. folgt. — O. P. W. 1. W. 1. — f. Dicht. erh. Ab. x. notizirt. — G. R. M.: M. 1. 48 Ab. Sept. erh. Wollen aber erst sehen ob sich's machen läßt. — G. P. W.: M. 1. 30 f. Dicht. erh. — Johann: M. 2000. — u. Sto. Ab. x. erh. — Volkmar: M. 100. — u. Sto. Ab. x. erh. u. Dichtschilling x. notirt. Kommt Alles. — Juchs: M. 500. — u. Sto. Ab. x. erh. u. Dichtschilling x. notirt. Dank für Notiz R. Hecherde Sch. wird befragt. Weiter Signalisirt sehr lieb. — Paris Soz. Verb.: Bei Warnungen müssen sich gehore Personallen angeben werden. Also, wer was und woher ist R. V. — Brutus: Das läßt sich mir bl. erklären. Dank für Notiz betr. W. — A. M. C. W.: 80 Kr. für Dicht. erh. — D. L. G. Kopenhagen: Dichtschilling x. notirt. Proletoll „Glenah“ längst geräumt. — Kautzias: Bl. v. 1/9 u. 2/9 erhalten. Ob M. jetzt erreichbar, das ist eine andere Frage. Bl. mehr. — Rother Peter: Dichtschilling x. notirt. Erfragtes obgeg. — M. G. London: Vergessen Sie nicht; doch auch dort alle Kräfte angehalten sind und der Kampf ein ununterbrochener ist. Wollens übrigens trotz dem anregen. — Krabi Pösha: M. 250. — u. Sto. Ab. x. erhalten, f. d. v. 2/9 hier. — Ullrichbrand: Bl. vom 21. v. 2/9 befragt u. Ab. eingetr. Dikt. werden Sie gefunden haben. — Rast und Kraft: Rader, v. 2/9 erhalten. Gruß! — Kronos: Sie wissen aber doch, an wen Sie sich dort mit Reklamation und Neubekleidung zu wenden haben. Wäßen noch immer in Jören Interesse vom Direkten abwarten. Gruß! — H. J. Weller: Dank für Referenz u. Ab. u. W. wird erinnert. Gruß! — Rother Feister: Ihr Platz ist in ganz Deutschland der einzige, wo dieser Jammer herrscht. Sie reden von „allen“ und haben doch nur 2 unglücklich zu machen. Näheres bl. — Daniel: Begehrtes nur für Sie bestimmt. Ihre Freunde in R. hätten Ihnen das Nöthige erklären können. Abdr. geordnet. Erfragtes kommt. —

— Hansen: Nr. 11. 25 Ab. 3. Cu. in Gegenteck. erh. — G. Sch. W. R.: Nr. 55. 50 Ab. 2. Cu. erh. — F. G. St. Gallen: Nr. 65. — u. Sto. Ab. u. Dicht. erh. — Sanfter: Ab. Ref. u. 3. Cu. per Agr. angeleglich. — Puy: M. 5. 60 Ab. 4. Cu. u. f. Dicht. erh. — P. W. 30: Nr. 24. — W. 5. erh. —

**Warnung.**

Aus Paris wird vor einem gewissen Kreis gewarnt, welcher mit dem bekannten Oberwinder während des internationalen Arbeiterkongresses in Bexher geblieben wurde.

R. soll sich im Besitz eines angeblichen Vertrauensschreibens befinden. Näheres in nächster Nummer.